

Arbeiterstimme

Zageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Dresden

Verleger: J. B. Neumann, Neudamm 11, Dresden. Druck: J. B. Neumann, Neudamm 11, Dresden. Preis: 1 Pf. pro Stück. Abonnement: 12 Pf. pro Monat. Ausland: 15 Pf. pro Monat. Postamt: Dresden. Postfach 1111. Telephon: 1111. Telegramm: Arbeiterstimme. Die Redaktion ist für die Redaktion verantwortlich. Die Redaktion ist für die Redaktion verantwortlich. Die Redaktion ist für die Redaktion verantwortlich.

1. Jahrgang

Dresden, Montag den 28. September 1925

Nummer 142

Das Wüten der Mordbanditen in Ungarn

Genosse Katofi halbtot gefoltert — Protestaktion der ZPD.

Der bürgerliche „Wiener Abend“ berichtet: Die Subapostel Polizei geht mit Wällenverhaftungen vor, und zwar nicht nur gegen die Kommunisten. Die tolltuhne Tat des gewissen Volkstommisars Matthias Katofi, der sich nach Budapest begeben hat, benutzt die Polizei dazu, sämtliche antichristlichen Sozialdemokraten zu belegen. Die ganze Polizei-Gruppe, die bekanntlich als „Sozialistische Arbeiterpartei“ aus der Sozialdemokratischen Partei Ungarns ausgeschieden ist, wird jetzt ausgerollt. Dazu und die Führer seiner Gruppe wurden bereits vor Wochen verhaftet. Jetzt kommen die übrigen Mitglieder seiner Gruppe an die Reihe. Unter dem Volkstommisars Katofi und Joltan Weinberger, sowie einem gewissen Vasilias Kallagh, wurden gestern und vorgestern nicht weniger als über hundert Mitglieder der Katofi-Gruppe verhaftet. Diese Leute gehören verschiedenen Gesellschaftsklassen an, größtenteils sind es Arbeiter, es gibt darunter auch Intelligenzien, Priorenbeamte und mehrere Frauen.

Die Folterungen, die der Volkstommisars Katofi und die übrigen jetzt verhafteten Ungläubigen aussetzen müßten, überrufen jede Vorstellung. Katofi selbst, sowie Weinberger wurden in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch halbtot gefoltert.

Katofi und Weinberger wurden an Händen und Füßen gebunden und auf die Kellerbant gezogen. Infolge der überhöhten Mißhandlungen, die nicht zu beschreiben sind, erlitt Katofi eine Verletzung der Wirbelsäule. Nicht genug damit, daß er schwere Stöße erhielt, riß man ihm auch die Nägel aus und steckte ihm zwischen die Zähne brennende Holzstücke.

Die übrigen 70 Verhafteten wurden ebenfalls einem „peinlichen“ Verhör unterzogen. Die meisten von ihnen, und zwar auch die Frauen, haben blaue und schwarze Flecken von den erlittenen Hieben. Von den Frauen wurde besonders eine Frau Samana fürchterlich geschlagen, die angeblich der Rettung der kommunistischen Bewegung angehört.

Die Polizeidirektion der Subapostel Blätter haben somit das Recht, die Verhaftung der Subapostel Blätter zu jeder Tageszeit zu betreiben. In diesem Falle aber wurde der strenge Befehl ausgegeben, von Dienstag 10 Uhr abends bis auf weiteres niemand in das Gebäude in der János-utca einzulassen. Von Ritternacht, als die Einlieferung der Verhafteten begann, bis Mittwoch abend war das Gebäude der Polizeidirektion von der Außenwelt durch einen dichten Vorhang abgeperrt. Selbst die bürgerlichen Blätter verzeichnen diese Tatsache als eine dunkle Erinnerung an die ersten blutigen Monate der Horthy-Herrschaft. Dienstag nacht und Mittwoch den ganzen Tag erwiderten aus dem Gebäude der Polizeidirektion fürchterliche Wehrschreie. Die ganze Umgebung hörte erschauernd das Jammergeschrei der Mißhandelten.

Der Zweck der Folterung war, Katofi und die übrigen Verhafteten zu dem Geständnis zu bringen, daß die Mitglieder der Katofi-Gruppe eigentlich den Kommunisten angehören und von diesen Selbstunterstützungen erhalten haben. Trotz der Mißhandlungen legte aber Katofi ein perentorisches Geständnis nicht ab.

Standrechtliches Todesurteil

„M. G.“ schreibt, daß der verhaftete Volkstommisars Katofi auf Grund eines beschleunigten Strafverfahrens zum Tode durch den Strang verurteilt werden wird.

Die Journalen wüten wieder mit der alten Heftigkeit. Den Zeitungen wurde der Befehl der Regierung mitgeteilt, daß sie über die Verhaftungen und Verfolgungen der sozialistischen Arbeiterpartei ausschließlich Mitteilungen der Polizeidirektion veröffentlichen dürfen.

Eine außerordentliche Kontrolle der nach und von Wien verkehrenden Züge wurde eingeführt. Die Züge können aus Budapest seit drei Tagen nur mit großer Vorsicht ausfahren. Die Subapostel Morgenblätter konnten nicht versendet werden.

„Umsturzangst in Budapest“

Unter dieser bezeichnenden Überschrift schreibt die hiesig unerschrockene regierungsoffizielle „Träger Post“: „Es ist an der Zeit, nach fünf Jahren der Vergeßung und Verfolgung endlich einmal aufzuräumen mit der Frage, die so nach dem politischen Tagesbedürfnis ausgeführt wird, daß es in Ungarn umhüllende Linksorganisationen gäbe, die von der 3. Internationalen rassistisch getrieben würden. Die Polizei hat den ehemaligen Volkstommisarsstellvertreter Matthias Katofi verhaftet. Es ist dies eine jener periodisch wiederkehrenden Handlungen, die das heutige Regime in Ungarn sofort in Szene setzt, wenn es gilt, gewissen Widerständen zu begegnen oder Vorwände zu schaffen. Solche rein politische Maßnahmen sind nichts weniger als geeignet, sich internationalen Lärm zu schlagen. Es ist denn, daß damit ganz anderes bejwagt wird. In solchen Augenblicken ist es in Budapest ein exprobiertes Rezept, Verurteilungen gegen hochstehende Persönlichkeiten aber gegen die Staatsform zu „entdecken“. Daß die Kommunisten

leht nach dem auch gerichtlich ermittelten Verhörsprotokoll „gelesen“ werden, ist selbstverständlich, das wird an der Tatsache nichts ändern, daß es in Ungarn heute nur eine einzige Richtung gibt, eine konterrevolutionäre, reaktionäre, die alles unterdrückt, was auch nur entfernt den demokratischen Fortschritt zu fördern wagt. Es gibt keinen Unterschied zwischen einer Politik des Reichsverweilers Horthy und seiner Freunde aus der Siegerzeit und transdanubischen Zeit und der des Ministerpräsidenten Bethlen, der nach unten hin als zu diesen Leuten in Gegensatz zu stehen scheint. All der Lärm, der jetzt wegen der Verhaftung von einigen Funktionären gemacht wird, ist eben nur Lärm, die etwas vortäuschen will, was man im Ausland glauben sollte.

Subapostel verkehrt darin nach bulgarischem Rezept, aber wenn es so besser geht, so bleibt sich selbst treu.

Volkstommisarsstellvertreter Katofi hat ganz gewiß weder in Leipzig in einer geheimen Großversammlung ungarischer Kommunisten keine Instruktionen bekommen, wie dies die Subapostel Polizei so rühmlich verkündet, noch anderswo. Es ist nicht möglich, Aktionsprogramme und Pläne der durch Horthy zu beilegenden hohen Verleumdungen in der Katofi-Tat mitzuführen. Wenn in der Unternehmung in knapp 48 Stunden so reichhaltiges Material vorgefunden wurde, Milliardenerweise, Handgranatenlager und so weiter, so war dies ein freies vorhandenes Beweismaterial, diesmal gegen die Kommunisten verwendet. Wer in den letzten Jahren Gelegenheit hatte, öffentliche Beziehungen der ungarischen Gerichte mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, hat über die Geschicklichkeit der Subapostel Polizei bei der Beschaffung von Geheimnissen und Beweismaterial oft zu klauen Gelegenheit gehabt. In den jüngsten Jahren haben sich alle die „Märchen“, die die Emigrantensprelle im Ausland verbreitet hat, zu Tatsachen erhärtet, die in kontraktualistischem Verfahren vom Gerichte selbst als solche anerkannt wurden. Wenn also jetzt mit großem Lärm die europäische Gefährdung geäußert wird, so ist dies kaum die schlechte Umhurzung, eher abgefeiertes Spiel.

Die Lügenberichte der Horthypolizei über „Geheimnisse“ des Genossen Katofi löste über phantastische „Organisationspläne“ und Kongresse verlohnt es sich nicht zu vermehren. Wichtig ist aber die auch von der bürgerlichen „Träger Post“ signalisierte Tendenz: es soll nach Janakowitsch eine große „Kerkelung“ inszeniert, Salzen errichtet werden, um bestimmte politische Schritte abzuschließen. Besonders merkwürdig hat sich der „Vorwärt“ bis heute noch nicht geäußert. Glaubt er nicht, daß ein wirklicher Massenprotest der Gesamtarbeiterchaft verhindern muß, daß die Horthybanditen eheliche und tapfere Arbeiterführer wegen politischer Taten, die vor 6 Jahren begangen worden sind, dem Kadaver der Kontroversen zum Opfer bringen? In Budapest sollen Genossen nur wegen ihrer kommunistischen Gesinnung zu Tode gemartert und gehängt werden? Arbeiter, laßt es nicht zu!

Protestaktion der ZPD.

Berlin, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonntag tagende Brandenburger Katofi-Hilfe-Konferenz protestierte unter Teilnahme vieler Parteimitglieder gegen den Terror der Horthy-Regierung. Folgendes Telegramm wurde der ungarischen Regierung übersandt:

„Mit Abscheu und Entrüstung erfahren die Werktätigen in Deutschland von Verhaftungen und gräßlichen Folterungen von Sozialisten und Kommunisten durch die ungarische Polizei. Im Namen Hunderttausender erhebt die in Berlin tagende Katofi-Hilfe-Konferenz für Berlin-Brandenburg schärfsten Protest gegen die Folterungen der ungarischen Polizei, insbesondere gegen die Verhaftung des Genossen Katofi, fordert die sofortige Einstellung von Folterungen und Freilassung der Verhafteten, sowie Verurteilung der Verantwortlichen. Die Katofi-Hilfe und die Werktätigen ganz Deutschlands werden gegen den Terror in Ungarn mobilisieren.“

Eine Konferenz russischer Botschafter in Berlin

Moskau, 28. September. (Telefon.) Wie hier verlautet, wird am Mittwoch abend in Berlin eine Konferenz der russischen Botschafter im Ausland stattfinden. Auf dieser Konferenz wird die Reorganisation des russischen Außenbüros erörtern. Der Botschafter in Berlin Kretschin wird seinen Urlaub abbrechen und am Dienstag in Berlin eintreffen, der Londoner Botschafter Karamiti wird am Mittwoch in Berlin sein, der Pariser Botschafter Krasin, der augenblicklich in Moskau weilt, wird ebenfalls am Mittwoch mit dem Dampfer in Berlin ankommen.

Was wollen die einzelnen Staaten beim Sicherheitspakt?

Die gesamte Diplomatie Europas ist eifrig am Werk, um die Sicherheitsfrage zu lösen. Eine Fülle von Raten, Erklärungen, diplomatischen Winkelzügen und Proffemmandieren beschäftigt sich mit dem vielumstrittenen Gegenstand. Um in diesem Wirrwarr die feste Grundlinie nicht zu verlieren, und um alle kapitalistischen Mänder zu durchschauen, seien die folgenden Tatsachen zusammengestellt:

Was will England? Die englische Regierung wünscht den Zusammenschluß der antibolschewistischen Kriegesfront. Der Balfourbund soll das Kampfinstrument gegen Sowjetrußland werden. Darum soll Deutschland unter allen Umständen in den Balfourbund hineingezogen. Polen ist der gegebene Sturmblock des westlichen Kapitalismus gegen die Sowjetregierung. Damit Polen in diesem Sinne wirken kann, muß es mit Deutschland veröhnt werden. Darum möchte England eine deutsch-polnische Verständigung in der Frage des Danziger Korridors gern sehen. Die englische Regierung hat aber keine Lust, sich unbedingt für Polen einzusetzen, bei allen Konflikten, die dieses unnatürliche Staatsgebilde künftig einmal haben kann. Nur wenn Polen gegen Sowjetrußland geht, wird England fest auf seiner Seite sein. Bei einem Streit zwischen Polen und Litauen, zwischen Polen und der Tschechoslowakei, oder auch zwischen Polen und Deutschland will England neutral bleiben. Darum widerstrebt England den französischen Vorschlägen, daß es im Rahmen eines „Paktens“ die jegliche Grenze Polens gegen jeden Feind mit garantiert. Dieses Risiko will die englische Bourgeoisie nicht übernehmen, aber man hält Deutschland für gut genug, um an Stelle Englands die Garantie der Existenz Polens zu übernehmen. Also, England selbst will keinen Pakt unterschreiben, aber Deutschland soll es statt dessen tun. England ist höchstens gewillt, sich an einem Weltpakt zu beteiligen, d. h. an einer Garantie der gegenwärtigen Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, Deutschland, Frankreich und England sollen sich gegenseitig verpflichten, jeden anzugreifen, der die bestehende deutsch-französische Grenze verletzt. Im ganzen ist die englische Politik die gefährlichste aller europäischen kapitalistischen Mächte, weil sie ganz konsequent gegen Sowjetrußland orientiert ist.

Was will Frankreich? Frankreich will die Sicherung der Grenzen, die der Versailler Vertrag festgelegt hat. Es will ganz besonders die Aufrechterhaltung Polens und der Tschechoslowakei in ihrer jetzigen Gestalt, denn Frankreichs militärische und wirtschaftliche Vormachtstellung in Mitteleuropa ist wesentlich von der Erhaltung dieser beiden Balkanstaaten abhängig. Darum wünscht Frankreich sowohl einen Weltpakt als auch einen Ostpakt, als auch Deutschlands Eintritt in den Balfourbund, um Deutschland politisch völlig zu binden. Ferner erhebt man eine möglichst weitgehende Garantie Englands für die bestehenden Grenzverhältnisse in Europa. Außerdem wünscht Frankreich die unbegrenzte Fortdauer der Besetzung des linken Rheinufer. Nach dem Programm des Marschalls Foch soll der Rhein als natürlicher strategischer Verteidigungslinie gegen Deutschland gehalten werden. Dieses Ziel ist entweder zu erreichen durch Fortdauer der jetzigen Ententebesetzung am linken Rheinufer oder dadurch, daß der Balfourbund die militärische Aufsicht am linken Rheinufer übernimmt. Auch Frankreichs Politik war bisher im europäischen Rahmen durchaus gegen Sowjetrußland orientiert.

Was will Italien? Italiens Interesse an einer Sicherheitsfrage bezieht sich wesentlich auf die Aufrechterhaltung seiner Eroberungen im Weltkrieg: also Wahrung der Brenner Grenze zwischen Italien und Osterreich, Aufrechterhaltung der Annekturen Südtirols, sein Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland. Man glaubt nämlich in Italien, daß ein wiederhergestelltes Großdeutschland auch die Rückeroberung Südtirols versuchen würde. Die antirussische Orientierung ist zurzeit bei der italienischen Bourgeoisie lange nicht so stark wie z. B. bei der englischen.

Was will die Tschechoslowakei? Selbstverständlich in erster Linie die Wahrung der Grenzen des Versailler Vertrages. Kein Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland, Aufrechterhaltung des französischen Bündnisses als Schutz gegen jede außenpolitische Gefahr. Auf der anderen Seite ist der Gegensatz zwischen den deutschen und der tschechoslowakischen Bourgeoisie nicht so stark wie der Gegensatz zwischen Deutschland und Polen. In Deutschland denkt niemand daran, die deutsch-tschechische Grenze ändern zu wollen. Trotzdem hat Minister Beneš in den vergangenen Jahren im Interesse der französischen Freundschaft eine scharf antibolschewistische Politik getrieben. So war er ein Hauptdrachzieher bei der Teilung Oberschlesiens. Ebenso war Beneš die Seele der antibolschewistischen Politik der kleinen Entente. In letzter Zeit zeigt sich eine gewisse Schwächung der regierenden Kreise der Tschechoslowakei. Man will das Verhältnis zu Rußland bessern und auch größere Kontakte mit Deutschland vermeiden. So erklärt sich der Vorstoß der tschechoslowakischen

ihren Regierung, mit Deutschland einen Schiedsgerichtsbund abzuschließen. Die Tschechoslowakei will also nicht unbedingt mit Polen durch die Luft gehen. Aber sie wird sich auch künftig den englisch-französischen Wünschen fügen.

Was will Polen? Die polnische Außenpolitik handelt seit Gründung des polnischen Staates im schärfsten Gegensatz zu Deutschland und Rußland. Durch ein enges militärisches Bündnis mit Frankreich will die regierende Schicht Polens ihre Machtstellung verteidigen. Polen bestrebt aufs äußerste jede Formulierung eines Ostpakt, die nicht unbefugte Aufrechterhaltung der polnischen Grenze einschließt. Bisher hat Polen alle Auslässe, sich mit Hilfe Frankreichs in dieser Hinsicht durchzusetzen. Bemerkenswert ist eine in letzter Zeit auftretende Strömung eines Teiles der polnischen Bourgeoisie, den Gegensatz zu Deutschland irgendwelche Zugeständnisse machen. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde auch von polnischer Seite als nötige Bindung der deutschen Außenpolitik und als Verzicht Deutschlands auf Veränderung seiner Ostgrenze angesehen werden.

Zusammenfassend müssen wir feststellen: Trotz aller Gegensätze der Orientierung untereinander sind sie sich alle darin einig, daß Deutschland vorbehaltlos dem Völkerbund beitreten muß. Das bedeutet den Anschluß der deutschen Bourgeoisie an die gemeinsame Außenpolitik der Entente, die Bewahrung des Versailler Friedens und den Eintritt Deutschlands in die anti-bolschewistische Kampffront, die von der englischen Regierung organisiert wird.

Das Geheimnis der Preisabbaue. Rüdte

Was wird aus dem Preisabbau am 1. Oktober?

In diesem Herbst beginnt die Dameschraube stärker zu drehen. Die Industriellen nehmen seit September an Zahlungsverzug teil. Die Linsen, welche für Auslandscredite besorgt werden müßten, schwellen immer mehr an. Eine sich hinziehende Krise wird in wellenförmiger Form bald wieder abblauen — von einem Jähling auf den anderen überziehen. Der Innenmarkt ist durch die Schandlöhne, die Inflationssteigerung der Mittelklassen und die Wucherpreise sehr eingesenkt.

In den Preisen stehen neben den Ausbeuterprozenten noch Kostfaktoren für die Unternehmer. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist schwer. Das fremde Kapital dringt immer härter herein.

Zum Herbst drohen und drohen der deutschen Ausbeuterschaft schwere Lohnkämpfe. Zahlreiche Tarife der wichtigsten Branchen liegen und lauern noch in den Herbstmonaten ab. Das Lohnniveau ist durch die Preissteigerungen erheblich gesunken. Wegen des Rückgangs der Schmelzwerke nichts.

Diese drohende Welle von Lohnkämpfen und Kämpfen erfüllt die Ausbeuter mit schweren Sorgen um die Profite.

Auf der anderen Seite war ein vorzüglicher Ausfall der Ernte bereits feststehend. Die preisdrückende Wirkung dieser guten Ernte war noch auszumachen. Die Ausbeuter ließen also durch ihre Regierung diese Preisabbaue los, um auf die Lohnforderungen stärker zu drücken, die Kampfkraft der Arbeiter durch Millionen zu lähmen und den um die kapitalistische Wirtschaft streigenden Gewerkschaftsführern Formidabel für eine die Profitrate der Ausbeuter schonende Gewerkschaftspolitik zu schaffen.

Die Luther-Regierung als Repräsentantin des Bundes der Industrie- und Kapitalisten und der Großagraren wußte natürlich ganz genau, daß sie die preisdrückende Wirkung der Ernte wieder aufheben muß, damit die deutschnationalen Agrarier ausreichend das Volk bewachen können. Denn zum Suak und Vergnügen hat man ja nicht die Staatsgewalt. Die Luther-Regierung sah also mit Hilfe der sozialdemokratischen Preußen-Minister die Einfuhrsperre durch, welche durch Verschlebung der Ernte ins Ausland die Inlandspreise hochtreiben müßten und werden. (Schon heute werden Oktoberernte in Roggen mit 177 M. die Tonne abgeschlossen, während der Tagespreis 168 M. die Tonne beträgt!)

Also mit dem Preisabbau ist es nichts. Dagegen ist es durchaus möglich, daß für eine kurze Zeit die Preise um den ersten Oktober herum wirklich heruntergehen. Sie wären ja längst viel tiefer herunter, wenn wir keine Ausbeuterregierung hätten, die die Profite läßt und den Preistreibern hilft. Die Preise können schon für eine Weile gehalten oder gar senkt werden. Für diese Weile, in der die wichtigsten Lohnbewegungen abgeschlossen werden. Und die Ausbeuter nähren die von ihnen mit Hilfe ihrer Regierung aufgesetzene „Preisabbau“-Kampagne aus, um mit Lohnhöhen, die längst nicht einmal die bisherigen Preissteigerungen ausgleichen, Tarife bis zum März, möglichst sogar bis zum April abzuschließen! Das Geheimnis dieses Geschäftes ist, daß dann im Spätherbst und im Winter, wenn die Preise ganz erheblich in die Höhe gegangen sein werden, die Millionen durch langfristige Tarifverträge gesicherten Proleten ja täglich Millionen Mark an die Ausbeuter zahlen werden — auf dem Wege unzureichender Löhne.

Man stelle sich erst einmal vor, was es heißt, wenn 1. B. die zwei Millionen Metallarbeiter infolge der so gut wie sicher eintretenden Preissteigerungen in der Stunde nur 5 Pf. weniger Reallohn haben, wie zur Zeit des Tarifabschlusses! Das sind in 8 Stunden 40 Pf. oder 800.000 M. täglich oder 20 Millionen in einem Monat, den Monat zu 25 Tagen gerechnet! Wenn bei den Metallarbeitern! Nun rechne man das auf die etwa 22 Millionen des Gesamtproletariats aus! Das wären täglich acht Millionen achtshunderttausend oder monatlich 220 Millionen Mark — bei nur lumpigen 5 Pfennigen Reallohnverlust durch Preissteigerung.

Auf dieses Geschäft rechnen die Ausbeuter und deshalb kämpfen sie um langfristige Tarife.

Dies Geschäft zu sichern und möglichst ertragreich zu gestalten, das ist die Aufgabe der Preisabbaueaktion dieser Preistreiber-Regierung!

Rein Zutammentritt des Reichstages

Im Kellerausschuß des Reichstages, der am Sonnabend vormittag tagte, beantragten die Kommunisten den sofortigen Zutammentritt des Reichstages für Dienstag den 29. September. Sie forderten, daß die Note mit der Zustimmung zum Sicherheitspakt auf keinen Fall vor der öffentlichen Besprechung im Reichstag abgelehnt werden dürfe, da gerade jetzt angesichts der kritischen Lage in England und der kriegerischen Vermittlungen Frankreichs die Weltorientierung als besondere Gefahr drohend, nicht achtlos erörtert werden müsse. Außerdem muß der Reichstag zur Teuerung und der von der Luther-Regierung angeführten, aber nicht durchgeführten Preislenkungsaktion Stellung nehmen. Das Preislenkungsgerede sei nur zur Lohnrückerei gegenüber den Arbeitern benutzt worden; im übrigen habe aber

Die in Heidelberg geschlagenen „Linken“ befinden sich naturgemäß in einer schlechten Position. Die Delegierten Krz, Dol und Genossen haben auf dem Heidelberger Parteitag die Forderungen ihrer Mitglieder schlecht vertreten. Die Rückkehr von Heidelberg verpflichtet sie, für die Rechte einzutreten. Wie wenig die Mitglieder gewillt sind, diese Unterwerfung mitzumachen, zeigt die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen von Leipzig, Zwickau usw. Überall lehnten die Mitglieder die Beschlüsse des Heidelberger Parteitages ab. Die „Linken“ Führer, denen hier der Mut zu einem konsequenten Schritt fehlt, bemühen sich vergeblich, die Erregung der Mitglieder zu dämpfen. In Dresden wagte man es bisher noch nicht, eine Mitgliederversammlung zusammenzurufen. Am Sonnabend fand eine Delegiertenversammlung der SPD statt, in der man zwar die Entschließung der Bezirksverbände billigte, in der aber alle Fragen ungelöste Rätsel blieben. Die geforderte Landtagsauflösung wurde in weite Ferne gerückt. Die Rechte verhielten sich auf diese Frage stumm, nur Bechle erklärte, man müsse erst eine Ursache haben. Toni Sender warf mit feinem Geschick die Theorie des Staates mit Regierungsbildungen durcheinander, so daß sie selber wohl nicht mehr wußte, was sie wollte, und sein Delegierter sie verstanden hat.

Für Bechle war eine der Hauptfragen keine Wieder-einstellung als Sekretär. Hier, wo es um den Posten geht, sind die Linken jetzt schon konsequent, das lehnten sie ab, Bechle wieder einzustellen. Wohl ist es der verwaltene Posten der Linken gelungen, die Delegierten mit der Einheit der Partei zu beruhigen. Wie tief aber die Empörung innerhalb der SPD-Mitglieder ist, zeigt, daß in einer in der vorigen Woche in Dresden-Mitadt, in der Gruppe des Herrn Krz, abgehaltenen Mitgliederversammlung, ein Mitglied unter dem häßlichen Vorwand der übertriebenen Mehrheit der Verammlung erklärte: der Parteivorstand sei eine formalistische Schieberbande. Daß angesichts dieser Lage die Linken Schlappschwänze nach einer Ablenkung suchen, ist klar. Wollten sie den Kampf um die Auflösung des Landtages, um die Beteiligung des deutsch-volksparteilichen Einklusses, dann würden sie alles daransetzen, durch den Druck der Arbeiter die Beteiligung dieses Landtages zu erzwingen. Jedoch das würde bedeuten Kampf gegen das Bürgertum. Der Heidelberger Parteitag hat aber das Bündnis mit dem Bürgertum beschloßen. So verhält man, die Front gegen die Kommunisten umzubiegen. „Kommunistisches Durcheinander“ überschreibt das Dresdner SPD-Blatt einen Artikel, der als Konsequenz der SPD-Politik das Ziel aufstellt:

„Um so härter müssen die sozialdemokratischen Organisationen zur Offensive gegen die Trümmer der kommunistischen Partei vorgehen.“

die Preislenkungsaktion der Luther-Regierung schon pleite gemacht. Darüber muß Abrechnung gehalten werden.

Müller-Franken (SPD) erklärte, sich diesen Vorschlägen nicht anschließen zu können, er müsse erst die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses abwarten. Genosse Roenen antwortete darauf, daß die Ausschussverhandlungen Geheimverhandlungen seien, während die Arbeiterklasse offene Antwort fordern müßte. Gegenüber der SPD sei besonders bemerkenswert, daß der englische Gewerkschaftsführer neben anderen Beschlüssen den Damespakt abgelehnt hat, was neben dem roten Freitag aber weitere Steigerung der Massenarbeitslosigkeit und der Wahlüberlage der englischen Regierung in Stockport eine neue Situation geschaffen hat. Dazu muß die organisierte Arbeiter-Schicht Stellungnahme fordern. Müller-Franken antwortete wieder, daß sie auch zu diesem neuen Moment erst die Entscheidung des Auswärtigen Ausschusses abwarten würden. Wegen der Besprechung der Teuerung behielten sie sich alles Weitere vor.

Die Deutschnationalen lehnten scharf jeden Gedanken an Zutammentritt des Reichstages sowie Stellungnahme zum Sicherheitspakt ab, worauf Grise von den Deutschnationalen, der den kommunistischen Antrag unterstützte, mit einer schweren Attacke gegen die deutschnationale Führung antwortete. Nehtenbach (Zentrum) und die übrigen Parteiführer schloßen sich aber vorbehaltlos den Deutschnationalen an. Damit war der Zutammentritt des Reichstages für Dienstag abgelehnt. Auf eine Frage unleser Vertreters, ob denn das Präsidium wegen der ansteigenden Teuerung und der Preislenkungsaktion in den nächsten Wochen wenigstens eine Stellungnahme des Reichstages herbeiführen wollte, wurde geantwortet, daß eine Zusammenberufung des Reichstages vor dem geplanten Termin, dem 19. November, nicht beabsichtigt sei.

Dann begannen die geheimen Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß, und über die Teuerungsnot des Volkes wird überhaupt nicht geredet.

Mecklenburg Schrittmacher der Reaktion

Der Hauptredner auf der Tagung des Landesverbandes der Deutschnationalen Mecklenburgs war der mecklenburgische Ministerpräsident Freiherr von Brandenstein, der die beiden Mecklenburg als „Schrittmacher einer besseren Zeit“ pries und stolz feststellte: „Wir sind das erste Land im deutschen Vaterland, das sich mit Energie und Zielbewußtsein losgerissen hat von dem verderblichen Einfluß der Revolutions- und Nachrevolutionen.“

Der mecklenburgische Ministerpräsident kann dieses „Lob“ für das von ihm vertretene Land sicherlich in Anspruch nehmen. Mecklenburg ist neben Bayern das Land der meisten Fremde. Nicht ganz unbedeutend an dieser Reaktion ist der Landarbeiterverband, der, anstatt dort den Landarbeitern in ihren Kämpfen zu Hilfe zu kommen, diese erdrückend half und damit der Reaktion Vorpostendienste leistete.

Borkhof der Schulreaktion in Braunschweig

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, hat der braunschweigische Minister für Volksbildung die bisher bestehenden Schulverhältnisse aufgehoben, durch die in Braunschweig die weltliche Schule eingeführt war. Die neue Verfügung erklärt, die lutherischen Gemeindefschulen und die römisch-katholischen höheren Schulen seien gemäß dem Gesetz von 1913 (II) Bekenntnisschulen. Die religiösen Schul- und Klassenandachten müssen wieder aufgenommen werden. Die „Leistungen“ in der Religionslehre sind im Schülerzeugnis zu bewerten.

Neue Angriffe auf die Rechte der Arbeiter

Am Donnerstag den 24. d. Mts haben Verhandlungen stattgefunden über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das technische Personal der Berliner Hochbahn. Die Direktion der Hochbahn verlangt die weitere tarifliche Festlegung der notwendigen Arbeitszeit und darüber hinaus eine Verringerung der Lohnsätze für das gesamte Personal. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Organisationen

Das Wesen sozialdemokratischer Politik ist also Kampf gegen die Kommunisten. Es gibt aber nur zwei Wege: entweder mit den Kommunisten gegen das Bürgertum, oder mit dem Bürgertum gegen die Kommunisten.

Was gibt den Schreibern der SPD-Zeitungen die Wertschätzung zu ihrer Aufforderung? Nun, die üblichen Nebenarten; die KPD, sei nach der Auffassung der SPD wieder einmal bankrott. Sie, die Freunde des Bürgertums, glauben, wie die Kasseier aus der Disziplin der revolutionären Arbeiter über die Taktik, geminnen zu können. Sie werden sich irren. Sie werden die KPD nicht verwirren können, wenn sie zum Teil mit rechten, zum Teil mit ultralinken Anleihen die Arbeiter zu überlisteln versuchen. Die SPD-Schreiber brauchen der KPD nicht zu signalisieren, daß „der rechte Apparat“ sich anlehnt, die KPD zu übernehmen. Vor Gefahren weiß die KPD sich allein zu schützen, dazu braucht sie nicht den Rat der Helfer des Bürgertums.

Die Berunglimpfungen der Führer der KPD, die Ausfälle über die „phänomenale Dummelei“ Thälmanns seien nur den Grad der geistigen Verblöschung einer Anzahl SPD-Führer und stehen auf dem gleichen Niveau wie die von der SPD-Presse verbreiteten Märchen über das vierle Schuljahr Thälmanns. Nicht nur die KPD, sondern auch die SPD-Arbeiter werden dem Zweck dieser Manöver erkennen.

Klar ist ja auch die Schlussfolgerung, das „linke“ Dresdner SPD-Blatt will keinen gemeinsamen Kampf der SPD- und KPD-Arbeiter gegen die Ausbeuter. Es schreibt:

„Die Verluste der bankrotten KPD, auf dem Boden über eine neue „linke“ Gewerkschaftsoption auf Anlehnung an gewisse Vorgänge in der englischen Gewerkschaftsbewegung noch einmal Boden zu finden, müssen rückwärts von Anfang an im Reime erkräftet werden.“

Das bedeutet also, die in Heidelberg geschlagenen „Linken“ wollen keinen Kampf um die Forderung, die jetzt noch die Rechte hält. Den Winkler, Wirth, Franz, Elmer, Langhork und Konsorten sollen die Gewerkschaften weiter als Stützpunkt und als Tummelplatz ihrer reaktionären Politik überlassen werden. Das bedeutet mehr die Unterwerfung, das bedeutet kampflöse Preisgabe an die Rechte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden diese Politik ihrer Führer nicht mitmachen. Sie werden mit den kommunistischen Arbeitern den Kampf um die Beteiligung der Beträger weiterführen.

der Hochbahner werden nunmehr über weitere Schritte beraten. Auf diesen strecken Angriff der Hochbahnunternehmer kann es nur eines geben: Organisierung des härtesten Abwehrkampfes. Die übrige Arbeiterklasse kann daran erkennen, was das Gerede von „Stabilisierung der Wirtschaft“, „Preisabbau“ usw. wert ist. Die Kapitalisten wollen sich auf Kosten der Arbeiter gesund machen. Das ist der Sinn der Erfüllungspolitik und allem, was damit zusammenhängt.

Endgültige Beseitigung des Achtstundentages

Berlin, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsregierung kündigt in einer Deklaration gegen den „Vorwärts“ an, daß das Reichsarbeitsministerium einen umfassenden Gesetzentwurf über die Arbeitszeit bereits fertig gestellt hat, daß es von weiteren Einzelregelungen auf Grund der geltenden vorläufigen Arbeitszeitverordnung absehen zu können glaubt. Das neue Gesetz soll wahrscheinlich im Rahmen des Washingtoner Abkommens den Achtstundentag gesetzlich endgültig aufheben, nachdem die reformistischen Gewerkschaften in der Praxis bei tariflichen Verhandlungen mit Berufung auf die Damespakte bei der Aufhebung mitgeholfen haben.

Der weiße Terror in Litauen

Romne, 23. September. Die politische Polizei hat gestern abend eine illegale Versammlung von Kommunisten ausgehoben. Dem größten Teil der Anwesenden gelang es, zu entkommen. Nur einige Jungarbeiter konnten verhaftet werden. Die Polizei behauptet, es handle sich um Mitglieder des Zentralkomitees des kommunistischen Jugendverbandes.

In der Nacht vom 22. auf den 23. fanden Waffenhauseinschüßungen und Verhaftungen statt. Es handelt sich um eine neue Terrorwelle, die den Boden für die Kommunistenprojekte vorbereitet soll.

Genosse Zomsky über die Beschlüsse von Scarborough

Genosse Zomsky ist aus England nach Koston zurückgekehrt und erklärte den Kostoner Pressevertretern:

Die Beschlüsse von Scarborough besitzen eine historische Bedeutung, soweit die englische Gewerkschaftsbewegung den Kampf gegen die politische Reaktion in den bürgerlichen Ländern und die Schaffung der gewerkschaftlichen Weltinternationale als ihre gegenwärtigen Aufgaben erkannte. Die reformistischen Hoffnungen über den Zerfall des englisch-russischen Einheitskomitees brachen zusammen.

Das Komitee, das den Willen von elf Millionen revolutionärer Arbeiter Großbritanniens und der Sowjetunion vertritt, ist zu einem festen Faktor der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung geworden.

Das Komitee wird seinen ganzen Einfluß auf die Arbeitermassen ausbieten, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Die Einheitsfrage ist die Frage der Stärkung über des Zusammenbruchs der blutig errungenen Rechte der Arbeiterklasse.

Widir genommen?

Paris, 27. September. Nach einer Meldung aus Madrid hat das spanische Direktorium bekanntgegeben, daß Widir, die Hauptstadt von Almeria, heute vormittag von spanischen Truppen besetzt worden sei. Primo de Rivera hat erklärt, daß noch nicht ab Widir die Hauptstadt der spanischen Maroffzone werden soll.

Bisher 20 000 Spanier gelandet

London, 28. September. Nach einer Meldung des „Morning Post“ aus London beträgt die Gesamtzahl der in Sebasta an der marokkanischen Küste gelandeten Soldaten jetzt 20 000. Die Verlaste der spanischen Truppen stellen sich jetzt als schwerer heraus, als ursprünglich angenommen wurde. Die Krankheitsfälle nehmen von Tag zu Tag zu, woran insbesondere der Mangel an Trinkwasser Schuld ist.



Der Zusammenbruch einer bürgerlichen Sensationsmacherei

Vor längerer Zeit gingen die grauenerregendsten Erzählungen über sogenannte „Leichenschändungen“ im Dresdner Krematorium durch die Stadt. Die „demokratischen“ — „Dresdner Neuesten Nachrichten“ machten allen Spielern grüßlich, indem sie von „gräßlichen Verbrechen“ schrieben. Rummelt hat vor dem gemeinsamen Schöffengericht die Gerichtsverhandlung fortgesetzt. Den Angeklagten stützten Helmut Karl Brenzel, 46 Jahre alt, und August Jüfel, 52 Jahre alt, sowie dem ehemaligen Ehemalshändler Dr. H. J. wurden alle die sensationellen Geschichten der bürgerlichen Sensationsblätter unterworfen. Die Anklage gegen Brenzel und Jüfel lautete, teils gemeinsam in den letzten Jahren im Krematorium „den Hinterbliebenen der einzuliegenden Leichen bzw. der Stadigemeinde Dresden fremde bewegliche Sachen, nämlich Leinwand, Tischtücher, bunte Bänder und Fingerhände der einzuliegenden Leichen, sowie Edelmetalle, Gold- und Platinstücke, die sich in der Nähe der einzuliegenden Leichen befanden“, gestohlen zu haben. Dr. H. J. wurde der gewerbdmässigen Hehlerlei beschuldigt.

Der Verteidiger Brenzels und Jüfels war Rechtsanwalt Dr. Glaser, der in seinem Plädoyer erklärte, er sei bezüglich des Antrages gegen seine Klienten „angenehm überrascht“. Dr. Glaser sprach gleichzeitig bei der Verteidigung der Angeklagten gegen die überhöhte Sensation der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ und anderer bürgerlicher Zeitungen.

Das Urteil über diese so ungeheuerlich übertriebenen Anklagen lautete: Brenzel 6 Monate Gefängnis, Jüfel 1 Monat Gefängnis, Dr. H. J. freigesprochen.

Interessant war die Begründung des Urteils. Der Gerichtshof sagte u. a.:

„Die vom Staatsanwalt geforderten Strafen seien dem Gericht zu hoch erschienen. Zwar wären Pietätsgefühle verletzt worden, und das Fortnehmen der Ehringe zeuge von roher Behandlung. Auf der anderen Seite aber sei zu berücksichtigen gewesen, daß der Verurteilte bei der Heilung seiner Pietätsgefühle herabzukommen könnte. Es müsse daher eine künftige Kontrolle stattfinden. In dieser habe es jedoch gefehlt.“

Die Urteilsbegründung sagt, daß von einem Heizer, der solche Arbeiten an Toten täglich ausführen muß, ein feines Pietätsgefühl nicht zu erwarten ist. — Um so pietätvoller und roher waren die Angriffe der bürgerlichen Sensationspresse. Aber die Urteilsbegründung bestärkt uns auch, was wir von Anfang an sagten, daß technische Mängel mit die Ursache dieser Vorkommnisse sind. Das Urteil verurteilt nur zu sagen, es sei zur Verhütung solcher Wiederholungen den Heizern ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren. — Aber dafür war es eben auch eine Klassenjustiz, die urteilte. —

Das neue Urteil im Prozeß der Staatlichen Frauenteilnehmer

Am letzten Verhandlungstage wurde nach nichtlänglicher Beratung folgendes Urteil gefällt:

Die Berufung der Angeklagten Dr. Torger und Fr. Schmidt wird verworfen. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wird das Urteil des Gemeinsamen Schöffengerichts Dresden vom 12. März 1925 aufgehoben und beide Angeklagten wegen schuldhafter Tötung in je zwei Fällen, und zwar Dr. Torger zu zehn Monaten, Fr. Schmidt zu vier Monaten Gefängnis verurteilt (bisher je zwei Monate Gefängnis). Auf die Berufung des Prof. Dr. med. Bohm wird das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und der Beschuldigte freigesprochen, die Kosten insoweit der Staatskasse auferlegt.

Von den erkannten Strafen sind unbedingt zu verbüßen bei Dr. Torger zwei Monate, bei der Schmidt zwei Wochen. Für den Rest werden je drei Jahre Bewährungsfrist zugesprochen unter der Bedingung, daß Dr. Torger 3000 M., die Schmidt 300 M. Buße zahlen.

Wir kommen zusammenfassend auf den Prozeß und das Urteil zurück.

Die Kommunisten Opfer der Klassenjustiz empfangen

Inlere alten treuen Parteimitglieder, die Genossen und der Genosse Bremme, sind nach fünf Monaten schwerer Haft endlich aus dem Gefängnis der schändlichen Klassenjustiz entlassen. Die von den Arbeitern erhaltene Amnestie, so lächelt sie auch besonders in Sachsen auf, brachte die Tapferen zurück in den Kreis ihrer Parteigenossen.

Die Genossen und Genossinnen der Zellengruppe, deren Mitglieder sie waren, hatten einen ersten, aber feierlichen Empfang vorbereitet. Jedes Mitglied hatte etwas, es nachdem es die eigenen Verhältnisse gestatteten, auf den besonders weihnachtlichen Vorabend festgelegt, der heute nicht nur dem Leiter der Versammlung galt, sondern an dem die Ehrenplätze zweier Klassenkämpfer bestimmt waren. Sie waren heute die Ehrenvorsitzenden der Versammlung, die Genossen Bremme. Der Tisch war gefüllt mit Rosen und Pelargonien, die in hübscher Form aufgestellt waren. Mitten in diesem roten Blumenhain lagen die zahlreichen Gaben, wie Weinbeeren, Bananen und anderes Obst, Wurst, Zigarren, Schokolade und eine flache Wein zur Stärkung ihrer Kräfte für neue Kämpfe, an denen auch sie wieder teilnehmen werden. Ein Genosse rezitierte zu Ehren der Genossen das Gedicht „Vergeltung“ und verlas einen Vortrag an unsere Genossen Bremme, den er selbst geschrieben, auch selbst der Genossin Bremme übergeben. Nach Worten des Dankes des Genossen Bremme, die der Vorlesende energisch zurückwies, da es die Versammlung als Pflicht ansehe, alle Klassenkämpfer im Dienste des Befreiungskampfes zu unterstützen, endete die feierliche Begrüßung.

Darauf gingen die Mitglieder mit den Genossen Bremme dazu über, neue Wege für den Kampf der Arbeiterbewegung zu besprechen.

Für den Brief des Offi

Die Betriebszellen der „Arbeiterstimme“ sprachen sich nach einem Referat des Genossen Goldmann für den Brief des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationalen aus. Beide Versammlungen waren gut besucht und die Genossen beteiligten

schon lebhaft an der Diskussion. Beide Zellen entschieden sich, die Kräfte für die Durchführung des Offi-Briefes zu mobilisieren.

Die Zellengruppe

5 und 6 Dresden-Cotta nahen nach einem Referat des Genossen Goldmann in einer Mitgliederversammlung bei anschließender lebhafter Diskussion folgende Entschlüsse an:

Die Mitgliedschaft der Zellengruppe 5 und 6 Cotta stellt sich einmütig auf den Boden des Offenen Briefes des Offi. Sie verpflichtet alle Mitglieder, mit allen Kräften im Sinne des Offenen Briefes zu arbeiten.

Das Arbeitsgebiet

Bannwitz entschied sich in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung nach dem Referat des Genossen Goldmann und anschließender, äußerst lebhafter Diskussion gleichfalls für die Politik des Offi und sahte folgende aus der Versammlung vorgelegte Entschlüsse an:

„Die Mitgliederversammlung des Arbeitsgebietes Bannwitz erklärt sich mit dem Inhalt des Offenen Briefes des Exekutiv-Komitees einverstanden. Sie verpflichtet sich, mit allen Kräften in den Gewerkschaften zu arbeiten, um auch in Deutschland einen starken linken Flügel in der Arbeiterbewegung heranzubilden.“

Die Vorkonferenz der Arbeitermatten in den Sportorganisationen (siehe Kassenblatt) und in den Betrieben (Sammeln für Kundendelelegationen, Berichte der Delegierten) erfordert von uns, in kameradschaftlicher Form den SPD-Arbeitern den Weg aus dem Daves-Deutschland nach Sowjetrußland und zu ihrer eigenen Befreiung zu zeigen.“

Genossen! Was an die Arbeit! Zeigt den Arbeitkollegen den Weg, auf dem sie sich von den täglichen Nöten befreien können. Besprecht alle kleinen Nöte der Arbeiter mit ihnen, hilft mit ihnen die Einheitsfront zur Befreiung ihrer Tage und kämpft ohne Gewerkschaften.

Blüher versucht Nische zu berichtigen

Nachdem Bürgermeister Nische in letzter Stadtverordnetenversammlung tatsächliche Angaben über die Anzahl der Wohnungssuchen bekanntgab, rügte der Oberbürgermeister Blüher seinen Unierten Nische sofort. Nicht wegen der Unrichtigkeit der Mitteilung, sondern wegen der zu offenen Rede Nisches, die er als Vertuschung gegen Angriffe ansah. Nun desavouierte der Oberbürgermeister im „Dresdner Anzeiger“ den Bürgermeister Nische durch folgende angebliche Richtigerklärung:

„Zur Wohnungssuchung. In der Stadtverordnetenversammlung vom 24. September ist mitgeteilt worden, daß nach den Ergebnissen der Wohnungszählung vom Mai dieses Jahres sich 17.500 Haushaltungen in Untermiete befinden. Das Statistische Amt der Stadt Dresden bemerkt hierzu, daß diese Ziffern nur vorläufig sind, die sich bei der endgültigen Berechnung noch wesentlich ändern können. Außerdem darf die Zahl der Haushaltungen in Untermiete nicht mit der Zahl der Wohnungsbedürftigen gleichgesetzt werden, weil erstere nur ein beträchtlicher Teil von Haushaltungen, namentlich von Einzelpersonen, dauernd in Untermiete wohnen will. Auf der anderen Seite wird es heute auch eine Anzahl von selbständigen Wohnungen geben, die wegen ihrer Beschaffenheit auf die Dauer nicht weiter benötigt werden dürfen. Das Statistische Amt hofft, Ende Oktober endgültige Ziffern herausgeben zu können.“

Wir sind gefaßt auf die tatsächlichen — geklärten — Zahlen des Statistischen Amtes.

Zahl der Schulanfänger in Dresden. Folgende Zahlen zeigen die zunehmende Zahl der Schulanfänger in den Dresdner Schulen. Es wurden angemeldet: Im Jahre 1922 5741 Kinder (3569 weniger als 1921); im Jahre 1923 4248 Kinder (1493 weniger als 1922); im Jahre 1924 3840 Kinder (408 weniger als 1923); im Jahre 1925 4492 Kinder (244 mehr als 1924); für 1926 9082 Kinder (4590 mehr als 1925); das bedeutet einen Anmeldezunahme von 101 Prozent!

Rückkehr Dresdner Kinder. Die in dem Kindererholungsheim Herzberg untergebrachten Kinder trafen am 30. September 1925, vormittags 6.55 Uhr, auf dem Dresdner Hauptbahnhof ein. — Die Angehörigen werden ersucht, ihre Kinder zur angegebenen Zeit auf dem Hauptbahnhof in Empfang zu nehmen.

Verlegung der Steuerstelle Altstadt. Am 22. und 23. September 1925 wird die Steuerstelle Altstadt (Kassenstellen 1 bis 8) von Kreuzstraße 23, 1. Obergesch. (Gewandhaus) nach Gertrudenstraße 4, 1. Obergesch. (Korbergebäude, am Gertrudenplatz, Hintergebäude, verlegt. In den beiden Tagen können nur dringliche Geschäfte erledigt werden. Zur Entgegennahme von Zahlungen für die Kassenstellen 1 bis 8 wird im Gewandhaus, Kreuzstraße 23, 1. Obergesch., eine Hilfskasse errichtet. Vom 1. Oktober 1925 ab sind die Zahlungen in den neuen Amtsräumen Gertrudenstraße 4/5 zu bewirken.

Vorbereitende Wanderung im Nachwagenerverkehr. In der Nacht von heute zu morgen, Dienstag, den 29. September, treten wegen Gleisbauarbeiten von 1—5 Uhr früh nachstehende Wanderungen im Nachwagenerverkehr der Straßenbahn ein. Diese sind: Die Wagen verkehren in der Richtung Altenerger Straße über Schützenplatz, Karlsruherstraße, Carolabrücke, Neustädter Bahnhof bis Bahnhof Wettinstraße und umgekehrt. Der Streckenteil Altenerger Straße—Hauptbahnhof—Bahnhof Wettinstraße liegt still. Linie 18: Die Wagen verkehren zwischen Postplatz und Kirchenplatz über Pirnaischer Platz, Pflanzler Straße und Strieleser Straße. Der Streckenteil Postplatz—Hauptbahnhof—Königsplatz liegt still. Linie 22: Die Wagen verkehren nicht durch die Grünauer und Canalstrasse, sondern durch die Pflanzler und Strieleser Straße.

Kundfunk

Witzendeutsche Sender Dresden und Leipzig (Welle 454). — Dresden (Welle 292).

Montag den 22. September
5—5.15 Uhr nachm.: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus.
4.30—6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Kundfunkkapelle.
7—7.30 Uhr abends: Vortrag (auf Welle 454): Alfred Grotmann: „Die schwarze Schmach“, 7.30—8 Uhr abends: Vortrag (auf Welle 454): Prof. Vanth Terschand Kon. W. E. (Ehrendoktor, Lektor an der Universität in Berlin: „Indien, das Wunderland und seine Bewohner“, 8.15 Uhr abends: Konzerteabend (zum Gedächtnis des Dichters). Wirt: Prof. E. Winds (Registrierung) und die Kundfunkkapelle. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Vortragsbericht und Sportfunkbericht.

Dienstag den 23. September
Kundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagskonzert auf der Hauptbahnhof. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4.30—5 Uhr: Nachmittagskonzert der Kundfunkkapelle. 6.30—7 Uhr: Vortragsabend aus den Vortragsabenden aus dem Vortragsprogramm der Witzendeutschen Sender Dresden. Substanzreicher Abend. 7—7.30 Uhr: Vortrag: Prof. Gierach-Reichenberg: Die Befreiungsgeschichte der Sudetenländer. 7.30—8 Uhr: Vortrag: Viktor Behrens: „Die Tugend der Tugend“, 8.15 Uhr: Musikalische Darbietungen und Regenerationen.

VOM TAGE

Schweres Unwetterwetter bei Nacht. Rette!, 22. September. In der Nähe von Herzfeld (Kriegensgebiet Kassel) ereignete sich am Sonntag vor-mittag ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem zahlreiche Fahrgäste verletzt wurden. Infolge des aufgewühlten Bodens, eine Folge des anhaltenden Regens in den letzten Wochen, hatten mehrere Eisenbahnhöfen teilweise keinen festen Untergrund mehr. Als heute vormittag ein Zug der Hannoverschen Kreisbahn die gefährliche Stelle passierte, sprangen zwei Lokomotiven aus dem Gleis. Die nachrückenden, schwerbeladenen Güterwagen schoben die drei hinter dem Lokomotiven angehängten Personenwagen dritter und vierter Klasse mit solcher Wucht zusammen, daß einer von diesen völlig zertrümmert wurde. Bei dem Unfall wurden acht Reisende sehr schwer verletzt. Ganz besonders schwere Verletzungen trug der Kreisbahnführer Wille aus Herzfeld davon. Der von Bebra herbeigerufenen Hilfsgeräteeinsatz begann sofort mit den Aufräumarbeiten. Der Verkehr wird vorläufig durch Umleitungen aufrecht erhalten.

Ein Unterseeboot von einem Dampfer gerammt

New York, 20. Sept. Der auf der Fahrt von Havana nach Boston befindliche Postdampfer „City of Rome“ rammt das amerikanische Unterseeboot „S 51“, welches sich auf einer Probefahrt von New-York aus befindet, und brachte es zum Sinken. Von der 46 Mann starken Besatzung des Unterseebootes sind 35 ertrunken, darunter der Kommandant Kapitän Sablon. Die Überlebenden waren an Bord der „City of Rome“, die aus leichte Beschädigungen erlitten hatte, nach Boston gebracht. — Vier Unterseeboote, Schwesterfahrzeuge des untergegangenen „S 51“, sind, gefolgt von Minensuchern, ausgespart, um unter Wasser in der Nähe der Unglücksstelle zu kreuzen. Die U-Boote sind mit feinsten Unterwasserhorchapparaten ausgerüstet, mit deren Hilfe es möglich wäre, schwache Klappertöne im Inneren des gesunkenen Schiffes zu erkennen, falls sich darin noch Überlebende befinden sollten. Man rechnet mit einer ganz schwachen Möglichkeit, daß es vielleicht der Besatzung gelungen ist, die wasserdrichten Schotten zu schließen und dem Tode zu wehren, solange die Luft ausreicht. Taucher und Heberapparate befinden sich an Bord der Rettungsschiffe, um die „S 51“ rasch zu heben, falls sich irgendein Lebenszeichen regen sollte. — Der Bericht des Dampfer-Kommandanten. Von dem Kapitän der „City of Rome“ liegt folgender Bericht an die amerikanische Regierung: „Ein U-Boot besaß den Platz, an dem das Unterseeboot unterging. Wir sichteten drei Mann der Besatzung auf. Ein anderes war nicht aufzufinden. Wir raminten das Unterseeboot gestern abend um 10.24 Uhr.“ Nach dieser Meldung sind die Hoffnungen, bei der Hebung des Unterseebootes noch Überlebende aufzufinden, auf das Minimum gesunken. — Neue Hoffnung. Das Torpedoboot „Butman“, welches an der Unglücksstelle, wo das U-Boot „S 51“ unterging, eingetroffen ist, land dort eine Boje. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß sie als Signal von der Besatzung des gesunkenen Schiffes ausgelegt wurde, und schloß daher neue Hoffnung. Die Nachforschungen werden mit verdoppeltem Eifer fortgesetzt.

Fliegerunglück in England

London, 20. Sept. Ein neues Fliegerunglück ereignete sich heute in der Militärfliegerstaffel. Zwei Militärflugzeuge kirschten in Emsaon in der Grafschaft Essex aufeinander. Die Flieger waren beide sofort tot. — Die Unglücksfälle von Militärfliegern gehören heute fast zur täglichen Chronik, wie die täglichen Selbstmorde. Man erhebt daraus, wie sicherhaft die Imperialisten zu neuen Kriegen rufen.

Der sächsische Erzherzog. Aus Warschau wird berichtet: Die sächsische Polizei verhaftete einen gewissen Wilhelm Popper aus Böhme, 36 Jahre alt, der hier mehrere Personen um größere Geldbeträge geprellt hat. Er versprach Personen, die ihm Geld liehen, die Schulden mit Zinsenlosen zurückzahlen, bis er den Scheidungsprozeß gegen seine Frau, angeblich die Tochter eines amerikanischen Milliardärs, gewinnen werde. Popper hatte sich im Jahre 1921 in Amerika als Erzherzog d'Este ausgegeben und sich auch tatsächlich mit der Tochter eines amerikanischen Milliardärs verlobt. Im Jahre 1922 kam er nach Prag, wo er infolge mehrerer Betrugsereien die Bekanntheit mit den Gerichten machte. Er behauptet sich auch längere Zeit in einer Irrenanstalt. Auch in Karlsbad ist Popper nicht unbekannt, dort gab er sich als früherer scheidungslosig-demokratischer Abgeordneter aus. Er wurde dem Karlsbader Gerichte eingeliefert. — Eigentümlich ist es doch, daß alle Hochkapitel Plebanen sein wollen. Es muß doch enge Beziehungen zu den Herrschenden bestehen!

Versammlungs-Kalender

APD. Metallarbeiter
Mittwoch den 30. September, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Zur Eiche“, Große Plauenische Gasse
wichtige Metallarbeiter-Parteiversammlung
Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage und unsere Aufgaben. Referent vom Bezirk. Es wird erwartet, daß jeder Bezirk, jeder Genosse vertreten ist. Zellenseiter, trotz jeder zahlreicher Besuch. Parteibuch und Gewerkschaftsbuch dienen als Ausweis. Die Leitung.

Stadtgebiet Zentrum. Mittwoch den 30. September, abends 7.30 Uhr Sitzung der Pol. und Ortelier der Zellengruppen beim Genossen Hahndorfer.

APD. Dresden-Alt. Jeden Mittwoch Zusammenkunft im „Fischhof“, Klopffstraße, Ecke Unterkirchner Straße. Arbeitereltern, schickt eure Kinder!

APD. Chemnitz. Mittwoch den 30. September, abends 8 Uhr „Stadt Leipzig“ Mitgliederversammlung. Nach der Mitglieder der Ortsgruppe haben sämtliche Zellenseiter zu erscheinen. Sehr wichtige Tagesordnung.

APD. Ortsgruppe Pirna. Sonnabend den 3. Oktober Mitgliederversammlung. — Tambour. Dienstag den 29. Sept., abends 6.30 Uhr Übung. Vorkühles und reichliches Erfrischen ist Pflicht.

APD. Jitna. Dienstag den 29. September, abends 7.30 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Kein Kamerad darf fehlen, da sehr wichtige Tagesordnung. Nieberbücher und Mitgliedskarten mitbringen.

Allgemeiner Mitbewohner-Besitz, Bezirk Johannstadt. Dienstag, den 29. Sept., abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Komot, Jägerstraße 3. Thema: „Was erwartet die Mieterchaft von der deutschen Reichsregierung?“ Ref. Anders.

Arbeiter-Genossenschafts-Kolonne Jöhndorf. Dienstag den 29. Sept., abends 7 Uhr. Gesamtsitzung beim Genossen Vogel, Jöhndorf, Simonstr. 2, 1. St. Vorkühles Erfrischen aller ist Pflicht.

Arbeiter-Genossenschafts-Kolonne Jöhndorf. Donnerstag den 1. Oktober, abends 7 Uhr im Sportheim Leubus, Leubus, (Anschluß des Vortrags über Kraftbewerksamtenen.) Vorkühles Erfrischen aller Mitglieder ist Pflicht. Gutes herzlich willkommen.

Fußballsport vom Sonntag

Refusiert:
4. Kreis gegen 1. Kreis (Hahndorfer) 8:1.

Die Amnestie in Preußen und Sachsen

Von Rechtsanwalt Dr. Wolfheim

Das Reichsgesetz über Straffreiheit ist hier bereits nicht-
halt kritisiert und seine Arbeiterfeindlichkeit festgestellt worden.
Die Praxis hat gezeigt, daß die angebliche „Amnestie“ wohl den
Monarchisten und Rechtskonservativen zur Freiheit verholfen hat, aber die
proletarischen Klassenkämpfer weiter hinter Kerkermauern
schmachtet läßt.

Außerordentlich bezeichnend und für die Arbeiter von be-
sonderer Bedeutung ist, wie die „Amnestie“-Verordnungen der
einzelnen Länder nach der Reichsamnestie gestaltet wurden. Die
Arbeiter, die da glauben, von der allein leitenden Sozialdemokratischen Partei und ihrer „weithinlebenden“ Führerschaft (siehe Deutscher Arbeiterkongress) noch das Heil erwarten zu können, und die gleichzeitig noch proletarische Klassenkämpfer geblieben sind, werden der Meinung sein, daß in den Ländern, in denen die Sozialdemokraten mit Mehrheit in der Regierung vertreten sind, die für das Proletariat günstigste Amnestie-Verordnung erlassen werden wird. Jedoch zeigt eine Gegenüberstellung zwischen der preussischen — in Preußen sitzen nur drei Sozialdemokraten in der Regierung — und der sächsischen — in Sachsen bilden die sozialdemokratischen Minister die Mehrheit der Regierung — Amnestieverordnung, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Kaum jemals wurden opferwillige, von der Bourgeoisie mit den härtesten Mitteln verfolgte Klassenkämpfer von ihren „Führern“, von den sozialdemokratischen Ministern (!) so völlig im Stich gelassen, so unglaublich hintergangen und betrogen, wie durch die Amnestieverordnung über die Gewährung von Straffreiheit in Sachsen vom 27. August 1925. Das zeigt ein Vergleich mit der Reichs- und preussischen Amnestie ganz deutlich. Die sächsische Amnestie-Verordnung ist nämlich weiter nichts als ein getreuer, fast wörtlich übernommener Abklatsch des Reichsgesetzes über Straffreiheit vom 17. August 1925. Wer da also von den ehrlich denkenden Arbeitern in argumentierte: „Ja, im Reich ist eine rein bürgerliche Mehrheit, da herrscht die Reaktion, da kann die Sozialdemokratische Partei zurzeit nichts ausrichten und deshalb ist die Reichsamnestie so arbeiterfeindlich; aber in Sachsen, da werden „unser“ Minister ihren Einfluß schon geltend machen, da werden alle proletarischen politischen Gefangenen die Freiheit wieder erlangen“ — der hat sich gewaltig geirrt und ist abertauschmal (wie oft schon, und wie lange noch?) von diesen Koalitionspolitikern, diesen Verrätern an der Sache der Arbeiterklasse bitter enttäuscht worden.

Das erst demagogische Argument, es sei nicht angängig gemein und nicht „genügend möglich“, über die Reichsamnestie hinauszuweisen, ein Argument, das von den SPD-Führern und Presse-Kollaborateuren ihrer Ministerien-Halterer hinausposaunt werden konnte, das geht nicht angedacht der preussischen Amnestieverordnung über die Gewährung von Straffreiheit vom 21. Aug. 1925. Jenseitlos hat auch diese Amnestie-Verordnung noch gewaltige Mängel. Auch sie ist nicht nur Tausenden proletarischen politischen Gefangenen nicht die langst ersehnte Freiheit, aber, gemessen an der Reichs- und insbesondere an der sächsischen sozialdemokratischen Amnestie-Verordnung bedeutet sie einen erheblichen Fortschritt und betrifft manchen proletarischen Klassenkämpfer, der in Sachsen noch weiterhin dank der weissen Politik der SPD-Führer im Gefängnis oder Justizhaus sitzen muß.

Welches sind nun die Vorteile der preussischen — gegenüber der sächsischen Amnestie-Verordnung? Vorteile, die also beim guten Willen der sächsischen SPD-Minister, bei einigermaßen proletarischem Empfinden von diesen mit einem Bedrückung einseitig werden konnten. (Die sächsische Amnestie-Verordnung ist 8 Tage jünger als die preussische! Auch das ist bezeichnend für den Eifer der Heide- und Götzen, den proletarischen politischen Gefangenen zu helfen!)

1. Niedergelassen werden in beiden Verordnungen die anhängigen Strafverfahren, die Juwelierhandlungen gegen § 8 des Republik-Schutz-Gesetzes und § 5 der Verordnung vom 29. Juni 1922, d. h. also, Bekämpfung der Republik, ihrer Regierungsmittel, der Reichs- und Landesfarben und Verheimlichung eines Waffenlagers, betreffen. Darüber hinaus werden nun in der preussischen Amnestie-Verordnung niedergelassen anhängige Strafverfahren, die Beleidigungen und Verleumdungen von Regierungsmitgliedern, ferner das Verbrechen der Parlamentsprengung, der parlamentarischen Stimmspende, die Vergehen der Wahlverhinderung und der Verleumdungspregung betreffen. Gerade die Amnestierung dieser Delikte ist für die Arbeiter außerordentlich wichtig, da viele von ihnen ihrerwegen hohe Gefängnis- und Justizhausstrafen erhalten haben. Die sächsischen sozialdemokratischen Minister lehnen sich aber fast lächelnd darüber hinweg und bringen diese Vergünstigungen der preussischen Amnestie-Verordnung nicht mit. Wahrscheinlich, weil sie so weit nicht zu denken vermögen.

2. Eingestellt werden in beiden Amnestie-Verordnungen, unter der Voraussetzung, daß die Tat vor dem 1. Oktober 1923 begangen worden ist, die anhängigen Strafverfahren, die Hochverrat, Vorbereitung des Hochverrats usw., ferner Teilnahme an einer gewässerten und an einer staatsfeindlichen Verbindung, betreffen, sowie alle Vergehen gegen § 7 des Republik-Schutz-Gesetzes. Darüber hinaus amnestiert die preussische Amnestie-Verordnung anhängige Strafverfahren, die Verleumdung und Teilnahme an verbotenen Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen, Verbreitung, Druck oder Herausgabe verbotener periodischer Druckschriften, unerlaubten Waffensbesitz, Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz, Aufforderung zu einer strafbaren Handlung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beamten-Kötigung, Aufruhr, Aufstand, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Kettenbildung, Aufreizung zum Klassenhaß, Verleumdung von Staatsbeamten, Beschädigung amtlicher Bekanntmachungen, Zerstörung von Autoritätszeichen, Beleidigungen und Verleumdungen, Körperverletzung, auch gefährliche Sachbeschädigung, soweit alle diese Delikte bei öffentlichen Kundgebungen in politischen oder wirtschaftlichen Kämpfen begangen sind, ferner Juwelierhandlungen gegen die Verbote politischer Parteien oder politischer Verbände, betreffen. Das ist immerhin eine Aufhebung einer ganzen Menge von Straftaten, die auch Angehörige der proletarischen Klasse in ihrem Befreiungskampfe gerade in den Zeiten der schlimmsten Inflation begangen haben und wegen deren sie oft harte Strafen verbüßt bekamen. Sie alle werden von der sächsischen Amnestie-Verordnung nicht aufgehoben, und es ist wohl auch zu erwarten, daß die sächsischen Gerichte und das sächsische bürgerliche Justizministerium eine analoge Auslegung des § 2 der sächsischen Amnestie-Verordnung nicht zulassen werden.

So ist Aufgabe der sächsischen Arbeiterklasse, in Verbindung mit der kommunistischen Landtagsopposition, die sächsische Klassenjustiz zu zwingen, von der einzigen Auslegungsmöglichkeit in

der sächsischen Amnestie-Verordnung weitgehenden Gebrauch zu machen. Denn es ist § 2 dieser Verordnung lautet, daß niedergelassen werden alle anhängigen Strafverfahren, soweit sie Juwelierhandlungen gegen die §§ 81—86 usw. ... und „damit im Zusammenhang stehende Straftaten betreffen“, so muß verlangt werden, daß unter diesen Vergehen alle die Bestimmungen fallen, die in der preussischen Amnestie-Verordnung einzeln und besonders aufgeführt sind. Nur dann kann auch die sächsische Amnestie-Verordnung Anspruch darauf erheben, eine „Amnestie“, Amnestie-Verordnung zu sein, die einigermaßen den proletarischen Forderungen auf Befreiung der politischen Gefangenen entspricht. Ohne eine solche Auslegung ist die sächsische Amnestie-Verordnung für die Arbeiterklasse gänzlich wertlos und zeigt ganz besonders deutlich, daß Sozialdemokraten als Koalitionsmitglieder noch reaktionärer sind als die Geheimräte und Minister im Reich, und daß sie für ihre früheren proletarischen Arbeitbrüder aber auch gar nichts mehr übrig haben.

Daß die Amnestie-Verordnung der ausgesprochen reaktionären Thüringer Regierung noch über die preussische Amnestie hinausgeht, insofern sie noch Straffreiheit für zahlreiche nicht-politische Straftaten vorsieht, die nachweisbar allein oder überwiegend aus wirtschaftlicher Not begangen sind, sei hier zunächst nur erwähnt. Ein weiterer Artikel darüber wird folgen.

Zusatz. Eine angenehme Enttäuschung erlebten die Juristen der öffentlichen Gemeindeverordnetenversammlung in der letzten Sitzung. Der amtliche „Bürgerliche Anzeiger“ brachte aus dem Bezirksauswahlgang die Nachricht, daß ein Gesuch der Gemeinde Zschandern um weitere Wegebaubehilfe abgelehnt werden mußte, „weil zu spät eingegangen.“ Genosse Schreier brachte als Vorleser des Kollegiums zur Kenntnis, daß zu der bisherigen Wege- und Straßenbaubehilfe in Höhe von 8400 Mark nunmehr noch weitere 3000 Mark eingetroffen sind. Diese letztere Summe ist als besondere Beihilfe in einer Höhe bewilligt worden, den sonst keine Gemeinde erhalten hat. Der Gemeinde ist ferner von der Amtshauptmannschaft die Vermittlung für eine weitere Staatsbeihilfe zugesichert worden. Zur Durchführung der drin-

gendsten Straßen- und Wegebauarbeiten wird im kommenden Rechnungsjahr allerdings eine ganze Menge Geld benötigt. So muß 1926 in Sporditz die Sommerstraße — im Volksmunde als Salzgasse oder „Trager Straße“ bekannt — vollständig hergerichtet werden. Eine Verkleinerung des Kanalschnitts dort ist schon jetzt erforderlich, um ein Abrutschen der Fahrgänge zu verhindern. In Neuditz bedarf die Postenallee gründlicher Instandsetzung. Auch in Großschönau muß die Niederleiblicher Straße durch Kanalschnittung ebenfalls hergerichtet werden. Alles in allem erfordert das kommende Wirtschaftsjahr gewaltige Mittel, zu denen der Staat und der Bezirk entsprechend beitragen müssen. Heute schon müssen die Sozialdemokraten und Kleinbürger eingestehen, daß eine kommunische Gemeindefinanz mit einer guten Fraktion allen Anforderungen und Aufgaben in erstaunlicher Weise vorzuziehen ist.

Zusatz. An Stelle der pensionierten Frau Köhler ist als Bedammung die Frau Anna Elsa Hänel geb. Krensch aus Maxen getreten. Ihre Wohnung befindet sich zunächst in Neuditz, Albertstraße 23 (Siedlung Mühlfort). Annehmbar wird Frau Hänel, deren Familie noch in Maxen wohnt, in absehbarer Zeit durch Tausch bauerndem festen Wohnsitz in der Gemeinde nehmen.

Taubenheim

Opfer der Autoraferei

Am Sonntag, den 20. August, um Mitternacht, wurde der Genosse Herr Köhler aus Taubenheim von einem Motorradfahrer überfahren. Letzterer kam mit einer großen Geschwindigkeit gefahren, so daß Köhler keine Zeit mehr zum Ausweichen blieb, doch kam der Motorradfahrer durch den heftigen Knall auch zum Sturz und konnte dadurch auch seine Verletzungen feststellen. Der Genosse Köhler wurde am anderen Tag früh nach Ebersbach in die Klinik von Dr. Wank überführt, wo er schwerer verletzt darniederliegt. Wir wünschen dem Genossen Köhler baldige Genesung und hoffen, daß er seine Pflicht als Klassenkämpfer bald wieder erfüllen kann.

AUS BETRIEBEN UND WERKEN

Unfähigkeit oder Wahnsinn?

Arbeiterkorrespondent von Seidel u. Kaumann

Die Weltfirma Seidel u. Kaumann hat, wie in jedem Jahre, so auch in diesem ihre so pünktlich wie die Dividende der Aktionäre eintreffende Kurzarbeit. Man könnte fast glauben, die Firma und die Aktionäre wären um unsere Gesundheit so besorgt, daß sie die Kurzarbeit arrangierten, um angepisst durch die Furchen über den wöchentlichen Urlaub der russischen Arbeiter, diese noch zu überreifen zu machen, nur mit dem einen Unterschied, daß die russischen Proleten ihrer Gesundheit leben können, während wir verhungern. Das wäre also die erste falsche Rechnung derer, die ohnehin schon durch ihre Unfähigkeit und totalen Unkenntnisse, einen Großbetrieb zu führen, von „Erfolg zu Erfolg gerät“ sind. Diese „Wirtschaftsanarchisten“ bauten vor Jahren eine neue Additionsmaschine mit höchster Ausrechnung. Die Zeichnungen dazu sind heute vermodert und verstaubt, und da die Maschine selbst zum Rechnen nicht zu gebrauchen war und für andere Zwecke schlecht verwendet werden konnte, ziert sie heute den Altschrotthausen. Die Abteilung, die Hunderttausende Mark kostete, wurde abgebaut, um so leichter, da ja die Geber dieser verfluchten Gelder die Knochen der Proleten waren. Zwei kleinere Rechnungsmaschinen verschwanden auf eben dieselbe Weise aus dem Produktionsprozess und werden zur Hauptsache nur noch im Lohnkontor benötigt, denn für die mikroskopischen Metallarbeiterlöhne sind sie gerade noch zu gebrauchen. Als Bilanzjahr jedoch ist einer neuen Schreibmaschine System D zur Geburt verholfen worden, mit der man sich die Welt zu erobern gedenkt. Mehr als 5 Jahre konstruiert und rekonstruiert man, baut auf und baut wieder ab, und was noch übrig geblieben: „Alles ist es anzuschauen“. Die Arbeiterklasse bußt diesen Wahnsinn einer unfähigen Betriebsführung, die schon oft ihre vollständige Unfähigkeit, einen Betrieb zu führen, unter Beweis gestellt hat, mit Not und Entbehrung. Diese Firma, die schon beinahe auf der Verabschiedung seiner Freiheiten und Annehmlichkeiten der Arbeiterklasse, scheint bei Auswahl ihrer Direktoren und sonstigen äußerst überflüssigen Inventars den Hauptwert nicht auf technisches Können, sondern auf Geldbeutel und besondere Qualifikation zum Beschnüffeln und Auslösen zu legen. Wie geboren zu dieser von der Firma gewünschten Tätigkeit erscheint der Direktorstilist Voltenieur und wäre die Kurzarbeit von uns eigentlich zu begrüßen als eine „Erlösung von den Hebeln“, wenn Hunger nicht weh täte. Im Jahrbau- und Maschinenbau hat man inzwischen versucht, durch rationales Handeln die Produktion auf Kosten der Proleten bis zum Äußersten zu steigern. Es ist an der Zeit, daß wir Kommunisten der Arbeiterschaft bemerken und warnen, daß dieser kapitalistische Wahnsinn auf Kosten ihrer Gesundheit und ihres Lebens geschieht, daß nur eine kleine Schicht dieser Halbarbeiter die Profitierenden und Reichen sind. Wohl kennen diese Herren das Richtige auch, aber sie verleben diese „Kurzarbeit“ in Italien oder in sonst einem Entsetzungslande auf Kosten der Arbeiter, die nun endlich diese überflüssigen Figuren auf den Schrotthäufen der Geschichte werfen müssen, wenn sie ihre und ihrer Familie Zukunft vor weiterem, vielleicht noch größerem Wahnsinn bewahren wollen. Arbeiter E. C.

hat, abzuholen und zu erledigen. — Was natürlich unmöglich ist.

Ob wohl das, was bei diesen Maßnahmen herauspringen soll, das aufwiegt, was für die Zeit des Jettelstrebens und Wartens samt des Gehaltes für den Verleumdungskontrollant Kettner mit seiner Sekretarin aufgewandt wird? Bei weitem nicht. Aber Herr Kettner läßt es sich sehr angelegen sein, derartige Kontrollmaßnahmen zu treffen, um sich und seine Sekretarin zu beschäftigen, und die Firma findet dabei eine billige Handhabe, die nun dadurch „überflüssig“ gewordenen Angestellten auf die Straße zu setzen.

Mit einer lächerlichen Frechheit läßt die Firma weiter, daß sich durch die wirtschaftliche Notlage — in der sich besonders die Köttner Aktionäre befinden, die vierteljahrige Subvention unternehmen und in blühenden Autos ihre wohlhabenden Peibel einherfahren — ein strengeres Überwachen der Arbeit jedes einzelnen Angestellten notwendig macht.

Die „Geldknappheit“ soll wahrscheinlich auch dadurch behoben werden, daß man Angestellten, die zu spät kommen, eine Geldstrafe auferlegt.

Die nächste Verordnung in Köttig wird wohl sein, daß jeder nur einmal am Tage auf das Klosett gehen darf und Herr Kettner sich mit Uhr und Register vor die Klosettür stellt.

Dann werden endlich die Angestellten erkennen, daß auch sie keine Menschen mehr sind, sondern dieselben ausgepreßten Arbeitskräfte, wie jeder andere Arbeiter, daß es nur ein gibt für die Angestellten, nicht noch durch Tragen des Jungbockens diese Auspreßer zu ermutigen zu derartigen Schritten, sondern sich zusammenschließen mit dem revolutionären Proletariat, um so vereint siegreicher gegen die Unternehmerrückwärts zu kämpfen zu können.

Industriewerk Bauhen, der „Port der Demokratie“

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Der Direktor des Industriewerkes, Herr Johne, ein eifriger Anhänger unserer „glorreichen Demokratie“. Er hat wenig andere materielle Erfolge der schwarz-rot-gelben Acta aufzuweisen. Eine große Villa an der Bahnhofstraße nennt er sein eigen. Sein Gehalt beträgt das Mehrfache der Einkommen der Arbeiter oder Angestellten. Dieser Segen der „Demokratie“ veranlaßt Herr Johne, die bewährtesten demokratischen Praktiken auch für sich zu pflegen. Der Betriebsleiter Zimmer, sein getreuer Anwalt, überwacht mit größter Sorgfalt, daß die Arbeiter täglich von der Menschensfreundlichkeit der Demokratie überzeugt werden. Während der Mittagspause läuft Herr Zimmer im Betrieb herum. Wo ein Arbeiter nicht überzeugt ist, besucht Herr Zimmer, was für eine Zeitung das ist. So eine Gruppe diskutiert, läuft der Jagdhund hin, um feitzustellen, was gesprochen wird. Dieser „demokratische“ Druck hat den einzigen Zweck, die Freiheit der Arbeiter zu unterbinden. Der Erfolg ist dann auch, daß die Arbeiter des Industriewerkes sehr verunsichert sind und der Profit für Herr Johne wächst. Öffentlich werden die Proleten im Bauhen Industriewerk bald erkennen, daß sie zum mindesten in den Fängen des Spion vom Halle schafften müssen, und das ist sehr einfach.

Die neue Methode des Lohnabbaues

Es kommt in der letzten Zeit immer klarer zum Ausdruck, daß die Unternehmerorganisationen auf eine möglichst lange Geltungsdauer der Lohnabmachungen hinarbeiten. Bei der Lohnregelung für das rheinische Braunkohlenrevier kommt das ganz besonders stark zum Ausdruck. In der jetzt abgeschlossenen Lohnbewegung wurde eine Lohnherabsetzung von 8 Prozent ab 1. Oktober erreicht. Diese 8 Prozent entsprechen ungefähr der seit Mai gestiegenen amtlichen Indexziffer. Es ist also dadurch nur die bis heute amtlich zugegebene Teuerung abgegolten. Die wirkliche Verringerung des Reallohnes ist aber viel größer. Die Lohnregelung bedeutet also in ihrer Auswirkung schon jetzt einen Abbau des Reallohnes. Bedeutend verhärtet wird aber dieser Lohnabbau dadurch, daß diese Lohnregelung unflexibel bis zum 1. März 1926 Geltung haben soll. Das bedeutet, daß der Reallohn bis dahin automatisch in demselben Umfang wie die Kosten der Lebenshaltung steigen, verflucht.

Da schon heute feststeht, daß auch in Zukunft die Preise steigen werden, muß jede Lohnregelung, die länger als 4 Wochen Geltung haben soll, verhindert werden.

Das Justizhaus des Herrn Kettner

Die Köttner Ledertuch- und Wachsuh-Werke A.G. will ihre Profitrate steigern, deshalb werden wegen „Geldknappheit“ Angestellte abgebaut, um aus der Arbeitskraft derer, die das „glückliche Los“ haben, weiter für die Herren Aktionäre arbeiten zu dürfen, noch mehr Nutzen herauszupressen.

Um das zu können, führt man Justizhausordnungen mit allen möglichen Schritten ein. Es wird bekanntgemacht: Das Verlassen des Zimmers ist verboten, feiner darf in ein anderes Zimmer gehen. — Die Angestellten sollen 8 Stunden über ihr Pult gebüdet sitzen und sich nicht umdrehen, denn das wachsame Auge des kontrollierenden Herrn Kettner würde das durch die eigens geschaffenen Glasfenster fester entdecken. — Die nun unbedingt notwendigen Gänge, um Post und Pakete aus anderen Zimmern zu holen, muß ein Mädchen besorgen, das in einer jeden Viertelstunde zu 111 Angestellten laufen muß, um die Wünsche, die ein jeder Angestellter auf einen Zeitstempel zu schreiben

Genosse erfülle deine Pflicht! Wirb neue Abonnenten!

Um die Linie der Komintern.

Für die Einheit der deutschen Linken.

Von Arthur Rosenberg und B. Scholem.

Der Brief des G. R. J. hat die Gesamtfragen der Vergangenheit der SPD neu aufgerollt. Unsere Meinung über die Entwicklung der Partei ist folgende:

Seit dem Vereinigungsparteitag war die Linie der SPD der eigentlich kommunistische Kern der Partei. Die Linie hat den Widerstand der Arbeiter gegen Lenin's Requiratoren organisiert. Die Linie hat die opportunistischen Folgen, welche die Brandler-Richtung aus dem 3. Weltkongress zog, bekämpft und auf dem Leipziger Parteitag und in entscheidender historischer Situation im Oktober 1923 den revolutionären Kern der deutschen Arbeiterklasse verlor. Nach dem Oktober 1923 hat die Linie die Partei gerettet und hat auf dem Frankfurter Parteitag den Weg zu einer neuen einheitlichen Parteientwicklung gezeigt auf die Grundlinie des Bolschewismus, eröffnet.

Die Politik der Linken, welche die Politik der Gesamtpartei seit dem Frankfurter Parteitag war, ist bis zum Zentralausschuss im Januar 1925 in allem wesentlichen richtig gewesen. Richtig war die Haltung gegenüber dem Tawes-Pakt, die in den fünf Jahren ihre Kräfte für die kommunistische Internationale trugen. Richtig war der Kampf gegen die ultralinke Abweichung in der Gewerkschaftsfrage, ein Kampf, der besonders in Berlin mit der größten Autorität der linken Führung ausgetragen wurde. Richtig war die Beziehung zur Arbeit innerhalb der Partei für die Grundlinie des Bolschewismus, welche die Partei in den Jahren 1923 über die Rolle der Partei und über das Wesen des Staates und über die proletarische Diktatur. Richtig war die Haltung der SPD zur Einheitsfrontpolitik, die in den Formulierungen des 5. Weltkongresses ihre volle Anerkennung fand. Richtig war die Befestigung der rechten Fraktion, die aus den führenden Zellen bestand; richtig war der Ausschluß der Tannad und Konsorten, deren Politik nur dazu führen konnte, die Partei auf den Boden des Tawes-Paktes und der sozialdemokratischen Marktsäulen auf dem Januar-Zentralausschuss zu bringen. Richtig war die Betonung der praktischen Gegenwartsaufgaben auf dem Januar-Zentralausschuss.

Die linke Führung der SPD wurde von Ruth Fischer in der leichtfertigen Weise verlassen. An der Befestigung, das das Festhalten an den linken Grundlinien in schwieriger Zeit die personelle Macht der Führergruppe erschwerten konnte, herrschte Ruth Fischer die linken Grundlinien, um als Person die Macht innerhalb der Partei aufrecht zu erhalten. Diese trügerische Verleumdung wurde gekennzeichnet durch charakterlose opportunistische Pläne (Wahlabsicht, Unterbindung der Seberten-Kontingente, Volksblock-Theorie) und durch eine bunte und brutale Diktatur innerhalb der Partei gegen den Kern der Linken; der eine solche charakterlose Politik nicht mitmachen konnte. Durch diese Politik verlor die von der Linken abgetrennte Ruth Fischer-Gruppe jeden Kontakt und ihre Diktatur brach bei dem ersten Windstoß wie ein Kartenhaus zusammen.

Unsere Ansicht über die augenblickliche Lage der Partei, die beherrschend wird von der Debatte über den Offenen Brief des G. R. J., ist folgende:

Die deutsche Linke, als der bolschewistische Kern der Partei, konnte schon ihrem Wesen nach nicht in einem grundsätzlichen Gegensatz zur Komintern und zu Sowjetrußland stehen. Unauflöslich sind wir mit Rußland, der kommunistischen Internationale und ihrer Führung verbunden. Die deutsche Linke hat jede antibolschewistische Tendenz, mochte sie im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsdebatte oder sonstwo sich zeigen, rücksichtslos niederkämpft. Auseinandersetzungen mit der Exekutive über gewisse taktische Maßnahmen hat es bisweilen gegeben. In solchen Auseinandersetzungen einen anderen Standpunkt als die Exekutive einzunehmen, ist nicht antibolschewistisch, nicht antikomunistisch, nicht ultralinke, sondern es ist das Recht eines jeden Mitgliedes der kommunistischen Weltpartei, im Rahmen der kommunistischen Disziplin seine Meinung frei auszusprechen.

Wir lehnen den Offenen Brief des G. R. J. ab. Wir brauchen hierbei nicht zu betonen, daß in der kommunistischen Weltpartei über die Durchführung von Exekutiv-Beschlüssen es Debatten nicht geben kann.

Unsere Ablehnung erhebt sich aus folgenden Gründen:

1. Der Brief des G. R. J. bestritt nachdrücklich die historische Berechtigung des Kampfes der Linken innerhalb der kommunistischen Partei Deutschlands seit dem 3. Weltkongress.
 2. Der Brief bietet objektiv der Rechten innerhalb der SPD die Plattform zur Wiedereroberung der Partei.
 3. Der Brief beschränkt die Linke innerhalb der Partei als ultralinke, antibolschewistisch und antikomunistisch.
- Wir überlassen es der Genossen Ruth Fischer, durch ihre eigene Unterschrift unter dieses Dokument ihr politisches Todesurteil selbst zu vollziehen.
- Die praktischen Aufgaben der Partei und die Analyse der gegenwärtigen deutschen und internationalen Situation sind im Brief des G. R. J. durchaus zutreffend barocklegt. Wir wollen nicht die Notwendigkeit einer verhärteten Gewerkschaftsarbeit und Betriebsratsarbeit angeht. Turban ist richtig ist die Lösung „Heran an die Massen!“, vor allem an die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, erneuert zutreffend ist auch die Kritik an der unklaren opportunistischen Politik und an der persönlichen Diktatur der Ruth Fischer-Gruppe.

Wir erlauben durchaus an, daß die neue führende Gruppe in der Zentrale, die aus der alten Linken hervorgegangen ist, den guten Willen hat, im Sinne der linken Tradition die Partei zu leiten. Aber die Brandler-Fraktion innerhalb der SPD nimmt den Brief des G. R. J. zum Anlaß, um auf der ganzen Front vorzugehen. Schon fordert man die Rückkehr der ausgeschlossenen Fraktionsmitglieder in führende Parteifunktionen, schon schließen sich die durch das Mißtrauen der Mitgliedschaft von ihren Posten entsetzten Offiziere der Brandler-Zentrale an, die alten Posten wieder einzunehmen. Schon ruft man die Bewirtung der Mitgliedschaft und breiter Funktionäre aus, um in schlecht formulierten Resolutionen Verbotsmaßnahmen der linken Bewegung der Partei zu bringen. Der im Kern rechte Knechtchen- und Schreierapparat der Partei jubelt über die Befestigung der linken Führung. Typisch ist die Resolution der rechten kommunistischen Bezirksleitung, die im wesentlichen der Partei empfiehlt, auf den Boden der bestehenden Republik und der Weimarer Verfassung zu treten und nur wie die Sozialdemokraten, die eine radikal sein sollende Steueranträge ihr Gesicht zu zeigen.

Wir glauben nicht, daß die führende Gruppe der Zentrale

aus eigener Kraft instand sein wird, den erneuten Ansturm der Brandler-Fraktion abzuwehren. Die Wiedereroberung der Partei durch die Brandler-Fraktion ist nur zu verhindern durch den Zusammenschluß aller ehrlichen linken Elemente in allen Bezirken der kommunistischen Partei Deutschlands. Solange es den Rechten, sich der Partei zu bemächtigen, so werden sie die Lösung „Bildung eines linken Bündnisses der Arbeiterklasse“ dazu ausnützen, um die Rolle der kommunistischen Partei zu vermindern und durch Bündnispolitik mit der sozialdemokratischen Führerschaft die SPD zum Anhängel der SPD zu machen.

Temporäre müssen sich alle linken Genossen in dem Willen zusammenfinden, die Einheitsfrontpolitik nur als Methode zur revolutionären Mobilisierung der Massen anzuwenden. Sie müssen sich ebenfalls in dem Willen zusammenfinden, die horkottens brandlerianischen Führer von der Leitung der Partei fernzuhalten und die alten Überlieferungen der deutschen bolschewistischen Linken aufrecht zu erhalten.

Der notwendige Zusammenschluß der deutschen Linken ist bisher erschwert worden durch die von Ruth Fischer angeregten unklaren Debatte gegen die sogenannte „ultralinke“ Gruppe, die in Wirklichkeit die alte Linke fortsetzt hat. Ebenso erschwert es die Einigung der Linken, daß nach dem Erscheinen des Offenen Briefes des G. R. J. die Berliner Bezirksleitung des Offenen Briefes gegen die rechte Gefahr zu kämpfen, einen persönlichen Streit begann, bei dem die Bezirksleitung selbstverständlich unterliegen mußte. Auf diese Weise hat die letzte Berliner Bezirksleitung die Autorität einer fünfjährigen, in allen Kämpfen bewährten linken Tradition leidenschaftlich zerstört.

Wir rufen alle Mitglieder der Partei, die gewillt sind, an den linken bolschewistischen Grundlinien festzuhalten, auf, sich zusammenzuschließen, um die Partei vor dem Ansturm der Brandler-Fraktion zu schützen und um die großen Aufgaben der SPD in wirklich revolutionärem Sinne zu lösen.

Nieder mit dem kleinbürgerlichen antibolschewistischen Geist.

1. Antwort auf die Kampfanzeige der Genossen Rosenberg und Scholem.

Durch die Erklärung der Genossen Rosenberg und Scholem sieht die Partei zum ersten Mal vor einer greifbaren Kampf-Plattform aller deutschen Gruppen, die den Offenen Brief der Komintern und seinen politischen Inhalt ablehnen. Bisher haben die Anhänger der Gruppe Maslow-Ruth Fischer und der Ultralinken nur mit Resolutionen, kurzen Erklärungen und Berichtigungen gegen den Standpunkt der Exekutive gekämpft. Die Genossen Rosenberg und Scholem geben mit ihrer Erklärung zum ersten Mal eine systematische Zusammenfassung alles dessen, was dem neuen Kurs unserer Partei feindsich gegenübersteht. Hierfür kann ihnen die Partei dankbar sein — das ist aber auch das einzige, was für ihnen die Partei dankbar sein kann. Wir werden in nachstehenden Ausführungen den Versuch machen, von allem Kleinlichen, Nebenständlichen, Oberflächlichen, das die Diskussion nur verwirrt, absehen, um auf den Kern, auf den eigentlichen Inhalt der Rosenberg-Scholem'schen Erklärung einzugehen.

Plattform der ultralinken Führer.

Was sind die grundlegenden Thesen dieser Plattform? Sie lassen sich in den folgenden fünf Punkten zusammenfassen:

1. Gutklassener Kampf gegen die Linke der Komintern. (Wir lehnen den Offenen Brief des G. R. J.)
2. Der Versuch — wenn auch in verklärter Form — den Standpunkt der Exekutive als „brandleristisch“ hinzustellen. (Der Brief bietet objektiv der Rechten innerhalb der SPD die Plattform zur Wiedereroberung der Partei.)
3. Diskreditierung der führenden Gruppe des 3. J. die das Vertrauen der Komintern und der überwachenden Diktatur der Parteiinstituten besitzt, als Schrittmacher des Brandlerismus. (Wir glauben nicht, daß die führende Gruppe der Zentrale aus eigener Kraft instand sein wird, den erneuten Ansturm der Brandler-Fraktion abzuwehren.)
4. Appell an alle alten Linken, um unter der Flagge des Kampfes gegen den Brandlerismus die Linke der Komintern und des 3. J. unserer Partei zu bekämpfen. (Die Wiedereroberung der Partei durch die Brandler-Fraktion ist nur zu verhindern durch den Zusammenschluß aller ehrlichen linken Elemente in allen Bezirken der kommunistischen Partei Deutschlands.)
5. Auf dieser Plattform ein Bündnisangebot an die Gruppe Maslow-Ruth Fischer, um den „linken Bolschewismus“ gemeinsam mit der Ultralinken gegen den „brandleristischen“ Ansturm der Komintern zu verteidigen. (Wir rufen alle Mitglieder der Partei, die gewillt sind, an den linken bolschewistischen Grundlinien festzuhalten, auf, sich zusammenzuschließen, um die Partei vor dem Ansturm der Brandler-Fraktion zu schützen.)

Die Genossen Rosenberg und Scholem werden sich bei der Auffassung dieser Plattform demütig gegeben sein, daß sie damit einen sehr ersten Schritt vollzogen, — einen Schritt, der die Partei, alle deutschen Kommunisten, die der Komintern anhängen wollen und die entschlossen sind, die neue Linie unserer Partei durchzuführen, verpflichtet, gegen diese Gruppe den schärfsten Kampf aufzunehmen. Betrachten wir näher die Plattform dieser Gruppe.

2. Zwei dicke Mägen in der Ultralinken.

Kann man begreifen, daß die ultralinke Gruppe in unserer Partei keineswegs ein einheitliches Gebilde ist. Wenn man ihre Zusammenlegung analysiert, findet man zwei Hauptströmungen in ihr.

Die eine Strömung, welche aus jenen revolutionären Arbeitern, die in mehr als einem Kampf ihren Mann gestanden haben. Wir sind sehr überzeugt, daß die ultralinken Auffassungen dieser Genossen falsch sind, daß sie kein Bolschewismus sind, aber wir wissen auch, daß diese Genossen ehrlich um die richtige Linie ringen, daß sie zum Teil durch die Verkündungen der demagogischen Theorie seitens der Maslow-Gruppe, durch die rechten, parlamentarischen Abweichungen dieser Gruppe verwirrt wurden und nun in den entgegengegesetzten Hebel verfielen, nicht nur die opportunistischen Entstellungen Maslow's und Ruth Fischer's (Volksblocktheorie, Mandattheorie usw.) zu bekämpfen, sondern auch die vollkommen richtige, bolschewistische Taktik der Exekutive gegenüber der monarchistischen Gefahr, gegenüber den sozialdemokratischen Führern usw. ablehnen. Diese ultralinken Arbeiter müssen wir um jeden Preis durch kameradschaftliche Diskussionen von

der Kamagietz unserer Partei überzeugen und für die Politik der Komintern zurückgewinnen. Es fällt niemandem ein, diese Arbeiter als antibolschewistisch oder antikomunistisch zu bezeichnen.

Etwas ganz anderes ist die zweite Strömung innerhalb der Ultralinken. Sie legt sich vorwiegend aus Intellektuellen zusammen. Ein großer Teil dieser Ultralinken ist nicht ultralinke aus mangelnder Klarheit, sondern es ist der Konsequenz seines Standpunktes vollkommen bewußt: Diskreditierung der Komintern, offener Kampf gegen die Komintern. Ein Vertreter dieser Gruppe ist J. B. Genosse Korisch, der nach dem Bericht unklarer Frankfurter Parteimitglieder in der Parteiarbeiterkonferenz des Bezirks Hessen-Frankfurt davon sprach, daß durch die Einheitsfrontpolitik Sowjetrußland mit kapitalistischen Staaten die revolutionäre Grundlinie der Komintern in Gefahr geraten könnte. In diesem Zusammenhang bezeichnete Korisch die Kampagne für die internationale Gewerkschaftseinheit als ein „Produkt der russischen Außenpolitik“ und sprach vom „roten Imperialismus“, von „einem möglichen 1914 der Komintern“. Wir sagen offen, daß dieser Standpunkt nicht nur ein antibolschewistischer, sondern ein verächtlicher ist. Er deckt sich vollkommen mit den Separatisten der imperialistischen und sozialdemokratischen Presse. Es ist der Standpunkt von Chamberlain, Kautsky und Plech. Es ist, wenn ihn ein Kommunist vertritt, der politische Verrat an der Komintern. Verantwortlich für diesen Verrat ist nicht nur Korisch, sondern auch Rosenberg, Scholem und die geistigen Führer der ultralinken Gruppe, deren Mitglied Korisch bis heute ist.

Leider steht der Fall von Korisch nicht allein da. Mit der proletarischen Mitgliedschaft des 6. Bezirks der Berliner Organisation wurde von einigen Intellektuellen ein Mandat vollzogen, das fast ebenso schlimm ist. Dort wurden den Mitgliedern zwei Resolutionen vorgelegt. Eine, die den Brief der Exekutive ablehnt und eine zweite, die unter der Maske einer „Solidaritätskundgebung für Sowjetrußland“ eingehend wurde. Diese zweite Resolution ist etwas Unerschrockenes in der Geschichte unserer Partei. In ihrem ersten Absatz heißt es:

„Unbeschadet aller tatsächlichen gegenseitigen Auffassungen (!) läßt die Funktionärversammlung des 6. Bezirks ungeachtet der sich verschärfenden Krisensituation der Bourgeoisie und der SPD... für erforderlich (!), ein einmütiges Beschlusses zur Komintern und Sowjetrußland ausdrücklich zu bekräftigen.“

Man beachte genau den Wortlaut dieser Resolution: Kommunisten fühlen sich im Jahre 1925, acht Jahre nach Befreiung der Sowjetmacht, fast sieben Jahre nach der Gründung der kommunistischen Partei Deutschlands, verpflichtet, ein „Beschlusses für Sowjetrußland“ abzulegen. Und dieses „Beschlusses“ beginnt mit den Worten: „Unbeschadet aller tatsächlichen gegenseitigen Auffassungen...“. Wenn die radikalen Kamagietz-Gewerkschaftsführer in England eine „Solidaritätsresolution“ für Sowjetrußland mit solchen Worten beginnen würden, hätten sie auf die schärfste Opposition jedes ehrlichen Arbeiters zu rechnen. In einer Berliner Mitgliederversammlung der kommunistischen Partei Deutschlands aber mochten es einige ultralinke Literaten eine derartige gewöhnliche, zweideutige Resolution einzubringen, die an die „Abwicklungsresolutionen“ erinnert, in denen sich die rechten USPD-Führer nach Halle verpflichteten, „unbeschadet aller tatsächlichen gegenseitigen Auffassungen Rußland unter Einfluß des eigenen Lebens gegen die Imperialisten zu verteidigen.“ Eine solche Resolution ist eine Schande für unsere Partei. Sie zeigt, wie tief sich die antibolschewistische Krankheit in unsere besten Organisationen hineingekriegt hat: sie zeigt, daß wir diese Krankheit nur mit eiserner Faust aus dem Körper der Partei hinaustragen können, wenn wir nicht die Politik der Heinde-Sowjetrußlands in unsere eigenen Reihen dulden wollen. Sind die dreihundert kommunistischen Arbeiter des 6. Bezirks für dieses Spiel der Korisch und Fischer verantwortlich? Ganz gewiß nicht! Sie haben diese Resolution einstimmig angenommen, weil sie dachten, es handelt sich wirklich um eine Solidaritätskundgebung für Sowjetrußland, weil sie keine Akademiker sind, die das demagogische Doppelspiel zwischen diesen Feinden beabsichtigen.

Zwischen diesen beiden Strömungen innerhalb der Ultralinken müssen wir deutlich unterscheiden. Auf der einen Seite die Gruppe Scholem-Rosenberg, zu der Elemente wie Korisch gehören, Elemente, die, genau wie Kautsky, von einer Verleumdung der proletarischen Masseninteressen durch den russischen Sowjetstaat sprechen. Auf der anderen Seite die ultralinken Arbeiter, die aus geschlossenem Haß gegen den Brandlerismus, aus einer übertriebenen Furcht vor opportunistischen Abweichungen gewisse Fehler begangen.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Strömungen innerhalb der Ultralinken macht sich schon in jedem Dokument bemerkbar. Die Ermutigung der Arbeiter zur Weimarer

Kämpft für die intern. Gewerkschaftseinheit!

Das ultimative Ziel ist nicht nur ein Angriff gegen die gesamte innerparteiliche Organisation...

Wir müssen alle diese Vorhölle in ihrem Zusammenhang sehen...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Die ultimative Plattform ist nicht nur ein Angriff gegen die gesamte innerparteiliche Organisation...

Wir müssen alle diese Vorhölle in ihrem Zusammenhang sehen...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

Die Genossen Kolnberg und Scholem beschreiben ihren Standpunkt als „linke bolschewistische Grundzüge“...

Selbst wenn die Genossen Kolnberg und Scholem Genies der doppelten Durchführung wären...

revolutionäre Partei des Proletariats kann man durch solche Mittel nicht täuschen. Selbst wenn diese Gruppe in ihrer Plattform nicht einmal, sondern hundertmal schreiben würde...

Lehnen Endes wird unsere Parteibestimmung durch die neue Plattform der ultralinken Führer wesentlich vereinfacht. Jetzt ist jede Zweideutigkeit, jede unklare Entscheidung wie z. B. das Schwanken der Berliner Bezirksleitung...

Wir hoffen, daß die Debatte durch diese Klärung vertieft und vertieft wird.

Wachsende Arbeitslosigkeit in England

Im Juli d. J. war die Zahl der registrierten Arbeitslosen um mehr als 100 000 gegenüber dem Vormonat gestiegen. Dies war jedoch nur ein unbedeutender, vorübergehender Rückgang...

Table with 3 columns: Month, Registered Unemployed, Unemployed in % of Workforce. Rows include July 1924, January 1925, June 1925, July 1925, 10. August, 18. August.

Da die Wirtschaftskrise keineswegs nur eine lokale Kohlenkrise, vielmehr eine allgemeine Wirtschaftskrise ist, zeigt sich auch in fast allen Industrien eine sehr starke Arbeitslosigkeit.

Table with 2 columns: Industry, Unemployed in % of Workforce. Rows include Schiffbau, Stahlindustrie und Holzwerk, Baumwollindustrie, Motorenbau, Kohlenbergbau.

Die Zahl der Arbeitslosen ist allerdings im Bergbau mit über 301 000 arbeitslosen Bergarbeitern viel stärker als in sämtlichen anderen Industrien.

Advertisement for Herr Hermann Lehmann, a local official, mentioning his death on September 25, 1925.

Theater am Wasenplatz advertisement for 'Die Prinzessin vom Nil'.

Tymians Täglich advertisement for 'Das Thalla' theater.

Advertisement for Damen-Häder and Herren-Häder by Alfr. Baumann.

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung advertisement.

Large advertisement for Gemüse- und Frucht-Konserven by Konsumverein Vorwärts, featuring a list of products and prices.

Advertisement for ZEISS Punktal-Gläser and Otto Reuscher optician.

Advertisement for EUGEN LEVINÉ sketches and art supplies.

Advertisement for Rich. Lindemann clothing store.

Aus den Gewerkschaften

Brüstung der Angestellten durch die Bauunternehmer

Vom Bund technischer Angestellten wird uns geschrieben:
Seit 1919 bestanden zwischen dem Bund der technischen Angestellten und Beamten und den verschiedenen Spitzenverbänden der Bauarbeitgeber für die technischen Angestellten des Bauwesens Reichstarifverträge; sie wurden mehrfach erneuert und 1923 zu einem Einheitsstarifvertrag für das gesamte deutsche Baugewerbe vereinigt. Der Vertrag wurde durch die Unternehmerverbände zum 30. Juni 1925 gekündigt.

An der Fortsetzung der Unternehmerverbände nach anderer Gestaltung der Gehaltsgruppierung, Verlängerung der Arbeitszeit, Verkürzung des Urlaubs usw. scheiterten die freien Verhandlungen. Am 29. Juni 1925 trat unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister ernannten Schlichters, Herrn Reichswirtschaftsminister Dr. Königsberger, eine Schlichtungskammer zusammen, die am 30. Juni 1925 einen Schiedsspruch über die Hauptstreitpunkte fällte und den Parteien aufgab, die Verhandlungen über die übrigen Vertragspunkte bis zum 15. Juli 1925 zu beenden und sich am 16. Juli über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu äußern.

Dieser Schiedsspruch ist mit der Stimme der Arbeitgeberseite unter Mittels des Generalsekretärs der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Herrn Dr. Weisinger, zurückgekommen, um bereits am darauffolgenden Tage laborieren zu werden. Die Unternehmerverbände erklärten nämlich, die Verhandlungen erst im August aufnehmen zu können, da ihre Sanität herbeiführen lassen.

Heber einen Vermittlungsvorschlag der Techniker, die Verhandlungen Anfang August stattfinden zu lassen und die Erklärungsfrist über den vorgenannten Schiedsspruch endgültig auf den 15. August festzusetzen, wurde unter dem Vorsitz des zuständigen Referenten im Reichsarbeitsministerium verhandelt. Die Unternehmervertreter erklärten zwar, in der ersten Hälfte des August verhandeln zu wollen, sich jedoch auf eine bestimmte Erklärungsfrist nicht festlegen zu können.

In sämtlichen Bezirken wurde nun vom Bund der technischen Angestellten und Beamten an die Bezirksarbeitgeberverbände das Verlangen auf Abschluss von Reichstarifverträgen gestellt, und da die Unternehmer dies ablehnten, die Schlichtungsausschüsse angerufen. Aufbeimend, um die Bezirksverhandlungen zu durchbrechen, boten die Unternehmer Verhandlungen über einen zu schaffenden Reichstarifvertrag an, die denn auch tatsächlich am 14. und 15. August stattfanden. Jedoch war die Vertretung auf Arbeitgeberseite insofern nicht vollständig, als der Beton- und Tiefbau-Arbeitgeberverband für Deutschland e. V. sich an den Verhandlungen nicht beteiligte. Zwischen dem Verhandlungsausschuss der Arbeitgeber, der sich aus Vertretern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe e. V. und dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes e. V. zusammensetzte, und den Vertretern der Techniker kam eine Einigung über einen Vertragsentwurf zustande. Die Erklärung über Annahme oder Ablehnung der beiderseitigen beizuführenden Körperlichkeit wurde auf den 15. September festgelegt. Dieser Termin wurde auf Wunsch der Arbeitgeberverbände wiederum um zwei Tage auf den 17. September verschoben, weil angeblich die entscheidenden Verhandlungen der Unternehmer erst am 15. und 16. September stattfinden könnten. Zu diesem endgültig vereinbarten Termin erstreckte der Beauftragte des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes e. V. den Technikern, daß der zuständige Ausschuss seines Verbandes der beizuführenden Körperlichkeit den Vertragsentwurf gar nicht zur Abstimmung vorgelegt habe. Zur Abgabe einer Begründung für dieses Verfahren war er nicht ermächtigt. Der andere Mitarbeiter an dem Vertragsentwurf, der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe e. V. hat mit dem vorgenannten Verband in der Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Bau- und Tiefbaugewerbes zusammengeschlossen ist, zog es vor, dieser protokolllarisch vereinbarten Zusammenkunft fern zu bleiben und sich auch sonst in Schweigen zu hüllen. Auf telephonische Anfrage des Bundes der technischen Angestellten und Beamten beim Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wurde erklärt, daß in der Geschäftsstelle des Verbandes das Ergebnis einer Beratung über den fraglichen Reichstarifvertrag nichts bekannt sei und die Herren, die unterrichtet sein müssen, nicht zu sprechen seien.

Dieses Verhalten stellt eine unehrliche Brüstung der technischen Angestellten dar, von deren Leistungen und Arbeitsfreudigkeit die Bauunternehmer abhängig sind. Es charakterisiert gleichzeitig die ganzen darauffolgenden Verhandlungen als ein ableses Verleppungsmanöver. Das Verhalten der genannten Arbeitgeberverbände, das mindestens als im

höchsten Grade skandalös bezeichnet werden muß, hat offensichtlich den Zweck gehabt, den tariflosen Zustand in den Winter hinein zu verschleppen, in der Erwartung, daß die Bauarbeiter während der Wintermonate sich nicht gut Wehr setzen können.

Die Bauarbeiter werden nicht verstehen, den Unternehmern für die ihnen hier erwiesene Rücksichtung zur gegebenen Zeit die Quittung zu präsentieren.

Sind die Beamtenforderungen berechtigt?

Vom A.B.V. Ortsausflug Jreitai, wird uns geschrieben:

Die Beamtenorganisationen sind neuerlich wieder beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden und haben die Forderung auf Angleichung ihrer Bezüge an die Teuerung erhoben. In der Öffentlichkeit werden diese Vorläufe der Beamten stets einer eingehenden Kritik unterzogen. Wenn auch in den vergangenen Monaten diese Kritik oft zu einem ablehnenden Ergebnis kam, so ist man doch heute im allgemeinen der Ansicht, daß die Erfüllung der Beamtenforderungen nicht nur vom Standpunkt der Beamten aus gerechtfertigt erscheint, sondern daß sie darüber hinaus eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit darstellt. In Kleinhandelskreisen z. B. spürt man deutlich, daß die außerordentlich geringen Gehälter, die den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen gezahlt werden, zu einer Einschränkung des Konsums geführt haben, die nicht nur für den Verbraucher, sondern auch für den Erzeuger und Verkäufer sich sehr unangenehm auswirkt. Stillsch ist man sich völlig im unklaren, was denn eigentlich die Beamten der unteren Besoldungsgruppen — und in diesen Gruppen befindet sich doch die große Mehrzahl der Beamten — verdienen. Nach der letzten Besoldungsregelung beträgt das jährliche Grundgehalt eines Beamten der Besoldungsgruppe 2 mit 4 Dienstjahren 1068.— M., dazu kommt in einer mittleren Stadt — Ortshöhe C — ein Ortszuschlag von 130,50 M., so daß der Beamte über ein Jahreseinkommen von nur 1200 M. verfügt. Das ist das Einkommen eines ledigen Beamten. Ein verheirateter Beamter erhält dazu noch einen Frauenschilder von monatlich 12 M. und einen Kinderzuschlag für ein Kind im Alter von 6-11 Jahren von 20 M. Wenn man die heutige Teuerung in Betracht zieht, dann kann man also wohl verstehen, daß die Bezüge der Beamten, besonders in den unteren Gruppen, als völlig unzureichend befunden werden. Da die Arbeitszeit der Beamten, besonders in den Betriebsbetrieben, 3-4 übermäßig längere Durchschnittsdauern als vor dem Kriege aufweist, so kann man die Erbitterung verstehen, in der sich heute die besoldeten Beamtenfamilien befinden, die bei oft 14-16stündigem täglichen Dienstschicht des Ernährers kaum den allernotwendigsten Lebensmittelpflicht decken können. Beamtenelbitt-morde häufen sich in der letzten Zeit erschreckend.

Zu der langen Arbeitszeit und der überaus geringen Bezahlung kommt aber noch die Erbitterung, die die letzte Besoldungserhöhung im Juni 1924 geschaffen hat. Damals erhielten die unteren Beamten eine Aufbesserung von 17 Prozent ihrer Bezüge, während die oberen Beamten mit einer Aufbesserung von 71 Prozent bedacht wurden. Diese Gehaltsregelung wurde als ein aufreizendes Unrecht empfunden. Die Beamtenhäushalte der Beamten in den unteren Besoldungsgruppen stehen fast durchweg vor Katastrophen, weil unermutete Ausgaben durch Krankheitsfälle, Sterbefälle usw. sie in eine geradezu hoffnungslose Verhältnisse geführt haben. Seit Juni 1924 haben sich die Lebenshaltungskosten nach den amtlichen Ziffern sehr stark erhöht. Wenn man für die Lebenshaltungskosten in den Jahren 1912-14 die Zahl 100 einsetzt, dann beträgt die amtliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten für August 1925 145. Das bedeutet eine Verteuerung — wohlgerneht, nach den amtlichen Zahlen, die von den Verbänden und Hausfrauen als viel zu niedrig bestritten werden — gegen die Vorkriegszeit um 45 Prozent.

Seit Juni 1924 sind die Gehälter einmal mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 aufgebessert worden, und zwar um 12 1/2 Prozent für die Gruppen 2-6. Durch die Aufbesserung wurde aber noch nicht einmal das Friedensnominalgehalt, z. B. eines ledigen Beamten der Gruppe 3 erreicht. So bleiben die Bezüge des erwähnten Beamten über ein volles Drittel hinter der Teuerung zurück. Es ist also durchaus berechtigt, daß die Beamten einen Ausgleich ihrer Bezüge an die Teuerung verlangen. Selbst wenn man der Preislenkungsaktion der Reichsregierung den unwahrscheinlichen Erfolg einer Preislenkung um 10 Prozent zugiebt, dann bleibt noch eine gewaltige Differenz zwischen den Bezügen der Beamten und der amtlich festgestellten Teuerung. Es ist unverständlich, wie feinerseit der Reichstag die außerordentlich beherrschende Forderung der Beamten, die eine Erhöhung um 75 Prozent vorlag, ablehnen konnte. Wäre sich aber die Preislenkungsaktion der Regierung nicht aus, dann muß das Verhältnis zwischen Beamtenbezahlung und Preisgestaltung Auswirkungen haben, die sich volkswirtschaftlich noch gar nicht übersehen lassen.

Wie zerstöre ich am besten eine Betriebszelle?

(Arbeiterkorrespondent)

Viele Parteigenossen sagen: „Wir haben die Zelle schon so oft aufgebaut, aber sie ist immer wieder zerstört worden.“ Hier soll an einigen Beispielen, die ich erlebt habe, gezeigt werden, wie man am besten eine Betriebszelle zerstört, und wie man es nicht machen soll.

In einem Betriebe — den Namen lasse ich weg — ist die Zelle aufgebaut. Sie ist 30 Mann stark und arbeitet gut. Das macht der Betriebsleitung viel Kopfschmerzen, und sie sucht nach Mitteln, wie sie die bösen Zellenbauer los wird. Da kommen ihr die Genossen selbst zu Hilfe. Sie berufen eine nächste Zellen-sitzung durch die Zeitung ein. Die Betriebsleitung will aber auch die kommunistische Zeitung und erfährt dadurch den Tagungsstand der Betriebszelle.

Am Tage der Zellen-sitzung läßt sie nun ihre Spitzel vor das Lokal; diese merken sich alle Arbeiter, die in der Zelle das Lokal besuchen und melden sie der Betriebsleitung. Am nächsten Kündigungs-tag werden wegen Arbeitsmangel 40 Arbeiter gekündigt, dabei „zufällig“ der größte Teil unserer Genossen. Bei der nächsten Zellen-sitzung wird daselbe wiederholt, der Rest fliegt auf die Straße. Die Betriebszelle ist zerstört.

Ein anderes Beispiel aus einer Zelle:

In diesem Falle sind die Genossen „schlau“. Sie berufen die Zellen-sitzung nicht durch die Zeitung ein, sondern machen folgenden Vorschlag:

„Sonntag, den 2. August, morgens 10 Uhr Zellen-sitzung an bekannter Stelle. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.“

Die Zellen-sitzung:

„Also, wie haben es ganz schön gemacht; noch nicht einmal das Lokal ist angegeben, jetzt sind sie ganz schlau.“

Die Betriebsleitung hat aber ihre Subjekte, die zum größten Teil den Genossen nicht bekannt sind. Einer dieser Subjekte wartet nun vor dem Anschlag, bis der im Betrieb als Kommunist bekannte Genosse B. herauskommt. In diesem tritt nun das Subjekt heran: „Hör mal, August, wo ist morgen die Zellen-sitzung, ich möchte auch hinkommen.“ Der Genosse B. in gutem Glauben, einen ehrlichen Freund vor sich zu haben, nennt ihm das Lokal. Das weitere geschieht dann genau so, wie im ersten Fall.

Ja, werden die Genossen nun sagen: Wie sollen wir aber unsere Zellen-sitzungen einberufen? Hierzu ist zu sagen, daß in einer Zeit, wo die Kommunisten unter einer harten Verfolgung durch das Unternehmertum stehen und nur bei der geringsten Tätigkeit im Betrieb Gefahr laufen, auf die Straße gesetzt zu werden, keine Arbeit zu viel und zu schwer sein darf. Es darf ihnen darum auch nicht schwer fallen, eine Zellen-sitzung dadurch einzuberufen, daß ein oder zwei Genossen von Wohnung zu Wohnung der Genossen gehen und durch mündliches Befehlslagen die Zellen-sitzungen einberufen. Bei uns ist das zum Beispiel möglich.

Eine solche Arbeit werden sie nicht immer zu machen brauchen. In einer oder zwei Zellen-sitzungen werden sie sich gegenseitig kennenlernen. Sind sie sich aber gegenseitig persönlich bekannt, und das wird sehr schnell der Fall sein, dann wird man auch im Betrieb ohne Anschlag jederzeit sich untereinander mitteilen können, wo und wann die Zellen-sitzung stattfinden.

(Dieser Artikel ist entnommen der Nummer 1 des „Partei-Arbeiter“, die eine Fülle von Anregungen und Beispielen bringt. Holt zu schon die Oktober-Nummer des „Partei-Arbeiter“ beim Literatur-Obmann bestellt? Preis der Nummer 20 Pf. Postgebühren nehmen entgegen die Literatur-Obleute.)

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Abteilung! Ziegeleiarbeiter!

Die Gesamtarbeiterschaft der Ziegelei von Hermann Richter in Dresden-Gohlitz befindet sich seit dem 25. September 1925 wegen Lohn-differenzen im Kampf. Die in Frage kommende organisierte Arbeiterschaft möge davon Kenntnis nehmen.

Betriebsratswahl in der Reichsbankerei.

In der Reichsbankerei hat die Liste der freien Gewerkschaften bei den letzten stattgefundenen Wahlen einen gewaltigen Sieg errungen. Auf die freigewerkschaftliche Liste entfielen 240 Stimmen, auf die der christlichen 382. Es erhielten die freien Gewerkschaften 12 Betriebsratsmitglieder und 2 Ergänzungsmittglieder in den Arbeiterrat, während die Christlichen nur einen Vertreter im Arbeiterrat und ein Ergänzungsmittglied erhalten.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Bauhaus“ Filiale Dresden. — Verantw. Red.: Rudolf Renner, Dresden.

OKTOBERTAGE

Erinnerungen aus der Oktoberrevolution 1917

von J. R. Kauffmann

(Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg)

(Schluß)

Der Genosse erzählt, wie alles vor sich gegangen und wie die Rotgardisten und Matrosen gekämpft haben. „Sie gingen nicht geschlossen vor, sondern jeder einzeln, furchtlos.“

„Bis zu neuen Nachrichten bitte ich nicht auseinanderzugehen!“ ruft der Vorsitzende.

„Wir gehen ohnehin nicht fort!“

„Ich laufe in das Bezirkskomitee, ich halte es nicht aus!“ jagt Udaroff.

Diesmal bemerkt Udaroff die Straßen nicht. Er rennt den kürzesten Weg. Als er in den Stab hineinstürzt, herrscht dort schon freudige Erregung.

„Also ihr wist schon?“

„Ja, ja, gerade in diesem Augenblick hat man telephoniert. Gaißhina ist schon genommen!“

„Gaißhina?“

„Nun ja.“

„Also wir haben gesiegt?“

„Ja, natürlich.“ sagen Uffin und Juroff gleichzeitig.

„Wie lange Moskau noch warten wird.“ schimpft Uffin.

Zwei Tage vergehen, ehe die Arbeiter von der Front zurückkehren. Das Revolutionskomitee zieht in ein neues Gebäude. Die Tage vergehen wie Feiertage.

Eine Abteilung zieht vorüber. Alle grüßen sich strahlend. Aus der Menge ruft jemand:

„Wanja, du bist ein tapferer Kerl!“

„Söhnchen! Liebling!“

„Jegor, komm nach Hause, du bist sicher müde.“

Doch der Alte tritt nicht aus der Reihe. Er geht weiter. Auf allen Gesichtern sieht man Stolz und Freude.

Udaroff und Uffin schauen aus dem Fenster; sie lächeln und ihre Augen glänzen.

„Das ist die Revolution. Das sind sie, die Kommunisten! Mit solchen Menschen werden wir die ganze Welt erobern.“

„Warum sind sie stehen geblieben?“ Alle laufen, immer mehr kommen.

„Komm schnell herunter.“ jagt Uffin und greift nach seinem Gewehr.

Auf der Straße lächelt Viktor:

„Genossen! Genossen!“

„Was mocht er für Dummeheiten.“ jagt Uffin unzufrieden.

„Genossen! Eben ist ein Telegramm gekommen: In Moskau haben die Bolschewiki die Macht ergriffen.“

„H-u-r-a-a! H-u-r-a-a!“ Schreien Frauen, Kinder und Männer, schreien Rotgardisten, ihre Gewehre schwingend.

Die Vorbeigehenden bleiben stehen. Die Fahrwerke halten. Man hört nur die Rufe der begeisterten Menge:

„H-u-r-a-a!“

„Es lebe die Revolution!“

„H-u-r-a-a!“

Viktor verläßt die Tribüne nicht. Er will etwas sagen, aber man läßt ihn nicht zu Wort kommen.

Endlich ergreift er den Moment.

„Genossen! Wir haben im Kampfe gesiegt. Die Macht der Bourgeoisie haben wir vernichtet. Die Oktobertage sind zu Ende. Unsere Revolution hat sich von den Fesseln befreit. Rag sie sich also, einer mächtigen Woge gleich, über die ganze Welt ergießen.“

Jenny, Juroff, Iwan treten heran. Aber Viktor spricht immer weiter. Er spricht von den neuen Aufgaben, den Schwierigkeiten, und das alles ist der Masse nahe und verständlich.

Jemand aus der Menge schlägt vor, eine Demonstration zu machen.

Alle stimmen begeistert zu.

„Singen!“ „Singen!“

Und sie gehen unter Gesang vorwärts. Immer neue Reihen schließen sich ihnen an. Der Gesang wird stärker, Fahnen werden sichtbar. Immer mächtiger wird der Zug. Aus jedem Betrieb, jeder Fabrik, jedem Hause kommen Menschen und schließen sich dem Zuge an und stimmen in den Gesang ein...

Weit und mächtig erschallt das Siegeslied des Proletariats.

„Sieg!“ „Sieg!“

„Wie schön ist das! Wieviel Kraft liegt darin! So, wer würde das nicht hören?“ ruft ein Rastbar Udaroff zu.

„Alle werden es hören! Alle! Alle Stimmen werden sich zu einem einzigen Siegeschrei vereinigen. Alle Kräfte wird das siegreiche Proletariat vereinigen und mit ihnen die Bourgeoisie zerschmettern.“

„Zum Bahnhof! Zum Bahnhof!“

„Dorthin, wo Lenin uns das erste Mal zum Kampfe rief... Dorthin!“

Ende.

In den Verwaltungsbezirken Königstein, Dohna, Bergschnee, Radeberg und der Lausitz

KÖNIGSTEIN	RADEBURG	SEIPHENERSDORF	KÖNIGSBROCK
Erholung Eigene Kellerei Zustellverfahren, Schützenstr. 129 B	Feine Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt billig Edward Pöschel	Arthur Hertwig - Modewarenhaus Oberdorf, Hauptstraße	W. Buchold Markt 6 Strumpf- und Wiewaren
Hoch Namisch Fleisch- und Wurstwaren Hans-Hering-Str. 12	Alle Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt billig Georg Schilke	Martin Schäfer, Modehaus Zellstraße 78 B	Alb. Harwitz Fleischwaren Waldstr. 20 Feine Fleisch- und Wurstwaren
NEUGERSDORF	BERGSCHEIDUNG	Gasthof zur „Kanone“ Berta verw. Marschner / Rautschsch. 107 Vergl. Mittagst. Verköstigung	Drogerie Heimuth Dase Hauptstr. 12 Seifen & Seifen & Toiletten
Deutsches Kaufhaus Kolonialwaren, Obst- und Nahrungsmittel Dohnaer Str. 40	C. W. Legler Inh.: Karl Gröber Kolonialwaren Sämereien	Fleischerei Rich. Franze empfiehlt seine preiswerten Fleisch- und Wurstwaren	Bruno Ohmann Hauptstr. 100 B Lebensmittel und Tabak
Alwin Dittschke Nachf. Hr. Knappoth Neugersdorf I. G. Tribütgen, Kurz-, Weiß- und Wollwaren	Max Hoffstedt Herren- garderobe Prof. Maßarbeit	Fleischerei Fritz Franke empfiehlt seine preiswerten Fleisch- und Wurstwaren	Emilie Sieber Oberdorf 800 Kolonialwaren, Obst- und Nahrungsmittel
ZENTRAL-DROGERIE Kaufhaus Hauptstr. 100 Pharmazie	Max Hoffstedt Herren- garderobe Prof. Maßarbeit	Leser, kauft nur bei den Inserenten der Arbeitersstimme!	Lebensmittelhaus ALFRED POHLERS empfiehlt preiswert in allen Waren Kolonialwaren, Obstwaren, Lebkuchen Süßwaren und Delikatessen
Billige LEBENSMITTELQUELLE F. W. Kroschauer, Hauptstr. 200	Neugersdorfer Lichtspiele Inhaber: H. G. G. G. Erstklassige Programme Musik- und Kunst- Programmwechsel	BAUTZEN	HIRSCHFELDE
NIEDER-ODERWITZ	Max Udich Herren- und Knabenkleider Arbeitskleidung Inn. Lauenstr. 1	Für Bautzen ist es der Wareneinkaufsberein mit seinen 14 Verkaufsstellen, eigener moderner Dampfbackerei, eigener Kaffeebrennerei, und eigener Spinnerei mit hoher Drehung. Das Eintrittsgeld beträgt 1.- Mark	Billige Lebensmittelquelle Felix Brächner, Markt 12 Bei Darstellung P/, Rohalt
Rudolf Salchow Kolonialwaren Rustwegstr. 22	Hilger, Seminarstraße 2 Leinen, Daumbüchereien Wäsche und Bettfedern	Alf. Lehmann Inh. und Wollschere Kornstr. 3	Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung Markt 68 M. Zmywaczyk Tel. 100
Gasthof zum Hirsch Joh. Th. Orlbaum	Ernst Löbert Schuhwarenhandlg. / Beschleimstr. Seminarstr. 6	Schuhwaren- Haus Franz Wachowit Hauptstr. 1 Reparatur aller Art	Kurt Peter, Drogenhandlg. Drogen - Farben - Kolonialwaren Hauptstr. 149 b
Georg Kellmin Schuhwarenhaus Eigene Reparatur-Werkstatt	Willy Eckert + Schokoladen in detail Seminarstr. 18, Bismarckplatz Str.	Vogl. Gertraud, Wäsche Wäsche alle Sachen wie gut u. preiswert. Tel. KARL STEIN Kornmarkt 11	Gustav Hinze, Hauptstr. empfiehlt seine wertvollen Kandeln, Delikatessen, Wasa, Zigarren zu besten Preisen
Kolonialwaren-Handlung Hermann Siegler	Cigarren H. LEHMANN Reichenstr. 2	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	LOEBAU
Max Steudner Schuh-, Kurzwaren, Gardinen Damenkollektion	Billige Lebensmittelquelle Gustav Scheidemantel Hauptstr. 22	Wegh. Gertraud, Wäsche Wäsche alle Sachen wie gut u. preiswert. Tel. KARL STEIN Kornmarkt 11	KARL EISNER Kolonialwaren u. Herren-, Damen- und Kinderbekleidung Hauptstr. 5
Bäderei M. Schuster	Fleisch- u. Wurstwaren haben die preiswertesten Eugen Petrich, Kesselstr. 12	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	Arbeits- und Berufsbekleidung - Schell, Weiß- und Wollwaren - Prima billigste Stoffe F. KUNSTMANN Hauptstr.
Ernst Horn Zerlegereisgeschäft Dauptstraße 41	Oskar Kotte, Kolonialhandlung Hauptstr. 100 Goschützstr. 8 (Hof) Tel. 1000	Rich. Freuden Brot- und Weißbäckerei Vor dem Schützen	MAX KRAUSE, Lederhandlung Promenadestraße 8
Bäckerei Osw. Knobloch	Görlitzer Schuhhaus Tel. 1007 A. Jacobsohn Reichenstr. 24	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	REICHENAU
Restoration u. Materialwaren- geschäft Ad. Altmann	Ernst Wagner Fleisch-, Wurst- und Ausschnittgeschäft Kornstr. 9	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	Billige Lebensmittelquelle Emil Dehner Hauptstr. 40
Ernst Jähne, Oberoderwitz Kolonialwaren, Wein und Drogen Kaffee-Ordnungsbüro	Damen-, Herren- und Kinderwäsche aller Art bei KARL MITBAUER Wäsche-Spezial-Geschäft Lauenstr. 12 = Fernr. 194 = Kornmarkt 4	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	Schuhwaren Ernst Marschall Hauptstr. 475. Big. Reparaturwerkstatt
EBERSBACH	Günstigste Bezugsquelle Anna Kunaok Reichenstr. 31 Lebensmittel- und Margarinehaus. Reelle Bedienung	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	Zigarren, Zigaretten, Tabak Fritz Winter C. A. Preibischtr. 100 x Tel. 800
Sämtliche Lebensmittel Wäsche, Trikotagen, Strümpfe Paul Schneider, Hauptstr. 22	Carl Teich Bekleidungs- Geschäft Hauptstr. 100	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	BERTA CRISTOPH Schuh-, Weiß- und Wollwaren Berufsbekleidung, Wäsche und Gardinen Schützenstr. 225
PAUL LIEBSCHEN Hauptstr. 22 B Fahrräder und Nähmaschinen samt. Reparaturen u. Ersatzteile	Paul Hummel Altmarkt SCHUHWAREN-LAGER Eigene Reparatur- Werkstatt	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	Hermann Michall Manufakturwarenhaus Herren-, Damen-, Kindertafel C. A. Preibischtr. 100
Hermann Guberling Uhren und Goldwaren	Einkehrhaus „Felsenkeller“ Radfahrstation preiswerte ff. Biere Neustädter Str. 10	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	W. Nührig, Am Bahnhof 183 Fahrräder / Nähmaschinen Eigene Reparaturwerkstatt
Möbel, Polsterwaren, Spiegel kaufen Sie preiswert bei MAX THOMAS Hauptstr. 200	EMMA RUDOLPH Deutscherdamm Str. 40 Schuh- und Weißwarengeschäft	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	Möbel: Polsterwaren Spiegel: Linoleum FRANZ MARSCHNER Hauptstr. 408 Tel. 800
Alwin Wenzel Schuh-, Woll- und Wollwaren Berufsbekleidung, Wäsche, Gardinen Hauptstr. 100	EMMA RUDOLPH Deutscherdamm Str. 40 Schuh- und Weißwarengeschäft	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	Lebensmittel Brüchners Ww. Hauptstr. 221
E. Möbius Nachf. Kolonialwaren Korn- und Nahrungsmittel Zigarren-Spezialabteilung	EMMA RUDOLPH Deutscherdamm Str. 40 Schuh- und Weißwarengeschäft	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	Gustav Moissel Elektr. Beleuchtung Hauptstr. 408 Tel. 800
	EMMA RUDOLPH Deutscherdamm Str. 40 Schuh- und Weißwarengeschäft	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	KAMENZ
	EMMA RUDOLPH Deutscherdamm Str. 40 Schuh- und Weißwarengeschäft	OTTO STEIN Herren- und Knabenkleider Kinderwagen	Johanna Rodzinka Hauptstr. 4 Spezialgeschäft für Schürzen und Bücher-Ordnungsbüro